

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ausleger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenspalten Preiszettel oder deren Raum 100 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Freitag, den 17. Juni 1921.

28. Jahrgang.

Verständigung in Oberschlesien?

Wie die Blätter aus Oberschlesien melden, wurden die Verhandlungen zwischen dem General Henniker und dem Führer des deutschen Selbstschutzes, General Höfer, heute fortgesetzt. — Nach der „Woskischen Zeitung“ ist im wesentlichen eine Einigung erzielt. Es ist anzunehmen, daß auch der Zwölfer-Ausschuß, mit dem namentlich das englische Mitglied der Interalliierten Kommission, Sir Harold Stuart, verhandelt, sich mit den Verhandlungen, die bei dieser Gelegenheit gegeben wurden, vorläufig einverstanden erklärt. Das sozialdemokratische Mitglied des deutschen Zwölfer-Ausschusses in Oberschlesien, Cyrus, äußert sich in den „Doppelner Nachrichten“ über eine Verständigung mit der Interalliierten Kommission dahin, daß das Verlangen der Kommission, den Annaberg zu räumen und durch italienische Truppen besetzen zu lassen, vielleicht bei Bietung anderer Garantien angenommen werden könnte, da der Berg als militärischer Stützpunkt nicht mehr in Betracht komme. Cyrus fordert als Garantie, daß die Insurgenten wenigstens als erste Etappe Gleiwitz und Hindenburg räumen und hofft, daß auf der gegenwärtigen Grundlage eine Einigung zwischen dem Zwölfer-Ausschuß und der Interalliierten Kommission möglich ist.

Bolschewisierung der Insurgentenarmee.

Blättermeldungen aus Beuthen zufolge bildete sich im Kreise Pleh in der nächsten Nähe des Hauptquartiers Korfantys eine rote Armee. Der Abteilungscommandant Korfantys ist abgelehnt. Die bolschewistischen Insurgentenabteilungen erpressen von den Industrieverwaltungen und der Kaufmannschaft Beträge bis zu 200 000 Mark. Auf mehreren Gruben im Zentralindustrieviertel weht seit heute die rote Fahne. Einzelne Industriedirektionen wurden unter die Diktatur der Arbeiter gestellt. Korfantys verlegte das Hauptquartier nach Blohitz, Kreis Groß-Strehlitz.

Die polnischen Kommunisten, die sich gegen Korfantys erhoben haben und die bolschewistischen Aufständischen, die sich das ober-schlesische Chaos zunutze machen, treten so spät auf, daß ihre Aussicht auf Erfolge nur noch gering ist. Zwar lag vom ersten Tage des Korfantyschen imperialistischen Poleneinfalls an die Kom-

munistenpresse dieses durchaus nationalistische Polenunternehmen in einen kommunistischen Zustand um. Das konnte aber nur solange dauern, bis die Doppelner W.A.P.D. öffentlich ihre deutschen Genossen Lügen strafte und sich an die Seite der überfallenen Schlesier stellte. Heute geht das noch weiter. Die Kommunistenpresse veröffentlichte gestern einen Aufruf des Zentralkomitees der W.A.P.D. Oberschlesiens in Gleiwitz, in dem in bewegtesten Worten gegen den nationalistischen Insurgentenaufstand Stellung genommen wird. Es heißt da: „Der Diktator Korfantys erläßt unerhörte Blutbefehle über die Todesstrafe für eine Auf- forderung zum Streik und für sogenannten „Verrat“ und organi- siert überall Standgerichte, deren Todesurteil nach drei Stunden auf der Stelle vollstreckt wird. Die Mißhandlungen der Arbeiter spotten jeder Beschreibung.“ Stroht auch der Aufruf sonst von unlogischen Schlussfolgerungen, verdreht er auch dadurch, daß er den deutschen Selbstschutz mit den Korfantysbanden in einen Topf wirft, die ganze Sachlage so, wie es die schon lange von der Berliner Zentrale gewollte Taktik erfordert, so ist er doch interessant als Zeitdokument und Beweis für die Zusammenhänge der augenblicklichen Empörung kommunistischer Putschisten mit dem allgemeinen Geschehen in Oberschlesien.

Treffen die Nachrichten darüber, daß es zwischen dem deutschen Selbstschutz und der Interalliierten Kommission zu einer Einigung gekommen ist, zu, finden endlich die Engländer die Entschlußkraft, die Polen zur Raison zu bringen und den Verrägen Zeitung zu verschaffen, dann wird der bolschewistische Weizen, der nur in der gegenwärtigen Verwirrung fruchtbareren Boden findet, auch in Oberschlesien bald ausgeblüht haben.

Massenflucht aus dem Industriegebiet.

U. Dypeln, 17. Juni.

Aus Neue hat eine Massenflucht aus dem Industriegebiet eingeleitet. In Dypeln befinden sich über 500 Flüchtlinge. Im ganzen ober-schlesischen Industriegebiet wird polnische Zwangsrekrutierung betrieben. Der Ententezug, der täglich von Dypeln bis Kattowitz fährt, wurde bei Hindenburg beschossen. Zwei Franzosen wurden verletzt.

Die Krise des Getreidegesetzes.

Das Ernährungsministerium will bekanntlich die Zwangswirtschaft auch in Getreide aufheben und an die Stelle der Absteu- erungspflicht ein beschleunigtes Umlagerungsverfahren setzen. Drei Mil- lionen Tonnen Getreide sollen die Landwirte für eine Reichs- reserve bereitstellen, das übrige Getreide soll dann dem freien Verkehr überlassen bleiben. Dieses System kann lediglich als Übergang zum völlig freien Handel angesehen werden. Denn alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß das Umlagever- fahren auf längere Dauer aufrecht zu erhalten nicht möglich sein wird.

Die Zwangswirtschaft ist auf keinem Gebiete mehr aufrecht zu erhalten. In dem man sie heuchlerisch für die Entbehrungen des Krieges verantwortlich machte, hat man eine starke Volksströ- mung gegen sie erzeugt. Zufällig fiel auf vielen Gebieten die Aufhebung der Zwangswirtschaft auch zusammen mit dem großen internationalen Preissturz, und dem verhältnismäßig guten Stande der deutschen Wälua, jedoch die Verteuerung der Lebens- mittel, unvermeidliche Folge der Aufhebung der Zwangswirt- schaft, sich in ziemlich engen Grenzen hielt. Nachdem die Zwangswirtschaft einmal in starkem Umfange fallen gelassen, auf allen Gebieten gelockert war, war die Aussicht auf ihre Verteidigung ge- schwunden. Die Wünsche der Agrarier hatten durch Herrn Ver- mes fast restlos Erfüllung gefunden.

Nur beim Getreide, beim Zucker und bei den Wohnungen sind heute noch Reste der Zwangswirtschaft vorhanden. Ihre Aufhe- bung hätte ungeheureliche Steuererhöhungen der Kosten der Lebens- haltung zur Folge. Die Sozialdemokratie hat deshalb die Pflicht, sich im Interesse des arbeitenden Volkes mit aller Kraft dagegen zur Wehr zu setzen. Aber wir führen einen aussichtslosen Kampf. Auf die Dauer wird es nicht mehr gelingen, die Einführung der freien Wirtschaft auch auf diesen Gebieten zu verhindern, auch hier dem Privatkapital die Freiheit des Profitmachens vorzu- enthalten.

In der heutigen Reichstagsitzung wurde die Umlage mit Hilfe des Zentrums noch von drei auf 2½ Millionen Tonnen her- abgesetzt. Damit verlor die Sozialdemokratie an dieser Umlage jedes Interesse und ließ den ganzen Geheulwurf über die Ge- treidewirtschaft fallen. Die Regierung wird in den nächsten Tagen versuchen müssen, in dieser Frage eine Mehrheit um sich zu sammeln, weil sonst ihre erste Artie heraufzehen könnte. Die sofortige Einführung der freien Getreidewirtschaft ist ohne schwerste Schädigung der Volksinteressen kaum denkbar. Selbst wenn sie verbunden würde mit einer gesetzlichen Erhöhung der Löhne und Gehälter, der Renten und Pensionen, wären die Fol- gen für die deutsche Volkswirtschaft sehr ernst.

Die Getreidewirtschaft ist eine der vielen schwierigen Wirt- schaftsaufgaben, an denen das Kabinett Wirth wegen der inneren Meinungsverschiedenheiten der Koalitionsparteien zu scheitern droht. Es ist heute noch nicht zu übersehen, wie das Kabinett Wirth alle diese Schwierigkeiten überwinden soll, besonders auch deshalb nicht, weil die wichtigste Instanz, die Garantiekommis- sion der Alliierten, noch nicht gesprochen hat. Als Einzelfragen lassen sich alle diese Streitfragen nicht überwinden, nur als Träger eines umfassenden Planes wird Dr. Wirth die Krisengefahr überwinden.

Die Regierungskoalition.

U. Frankfurt a. Main, 17. Juni.

Ueber die gestrige Abstimmung im Reichstag wird der „Frkf. Ztg.“ aus Berlin berichtet: Der geringe Zusammenhalt der Re- gierungskoalition war vielleicht gestern deshalb so besonders auf- fallend, weil es sich um eine Materie handelt, bei der agrarische Interessen sich besonders geltend machen. Vielleicht war das ganze unerfreuliche Schauspiel überhaupt nur eine Ausnahme ohne symptomatische Bedeutung. — Aber die kommende Repara- tionsgesetzgebung wird, wenn sie etwas taugen soll, an die Opfer- bereitwilligkeit der Parteien noch viel stärkere Forderungen stellen müssen, und dieses ganze Gesetzgebungswerk kann überhaupt nur erledigt werden, wenn die Koalition, auf der die Regierung Wirth steht, programmatische Politik zu treiben versteht. Das Ergebnis des gestrigen Tages war nicht dazu angetan, in dieser Richtung große Erwartungen zu rechtfertigen. Aber man darf vielleicht hoffen, da die neue Koalition, die durch außenpolitischen Druck zusammengeführt wurde und sich innerpolitisch anscheinend noch nicht recht zusammengefunden hat, das hinzulernt, was ihr jetzt offenbar noch einigermassen fehlt.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

U. London, 17. Juni.

Nach den letzten Meldungen haben 320 000 Arbeiter gegen und 93 426 für das Ende des Streiks gestimmt. — Damit ist die Wiederaufnahme der Arbeit zu den Bedingungen der Regierung abgelehnt.

Die angelsächsische Weltherrschaft.

Dr. L. Lübeck, 17. Juni 1921.

Wer sich die Mühe macht, die sozialistische Wochenschrift „Die Glode“ auf ihre weltpolitische Stellungnahme während des Krieges durchzusehen, der wird darin einige Artikel fin- den, die heute als aktuell veröffentlicht werden könnten. Sie vertreten nämlich die Meinung — Deutschland stand noch unbesiegt im Kampfe —, daß die Weltpolitik nach dem Kriege ganz neue Bahnen einschlagen werde, aus dem einfachen Grunde, weil Amerika seine politische und wirtschaftliche Macht ungeheuerlich vermehren und das geschwächte England weit überflügeln würde. Die Folge davon würde ein wirt- schaftliches Aufgehen des halbmißnen Englands in einem größeren Angelsachsen sein, das sein Hauptbetätigungsfeld im Stillen Ozean suchen müßte, während die grünen Inseln Großbritanniens sich mehr und mehr zu dem Herren- und Ruhestitz der angelsächsischen Rasse entwickeln würden.

Die Nachkriegszeit hat diese Ansicht auf der ganzen Linie widerlegt. Der gewaltige Machtzuwachs Amerikas konnte in keiner Weise die englische Weltgeltung beeinträch- tigen, und mit einer wahrhaft englischen Energie baut Groß- britannien seine Weltmacht weiter und weiter aus. Nach wie vor ist Lombard Street das Herz und Downing Street das Hirn der Welt; London ist geblieben, was es war.

Und nun sind gestern Nachrichten bekannt geworden, die den Plan eines angelsächsischen Weltverteilungsplanes so bestimmt verkünden, daß bevorstehende Verschärfungen in der Weltpolitik nicht mehr bezweifelt werden können. Allerdings nicht durch den vöth der „Glode“ zur Begründung ihrer Of- fopolitik vorausgesagten Niedergang Englands verursacht, son- dern ganz im Gegenteil auf das Ziel der endgültigen Be- festigung einer englisch-angelsächsischen Weltherrschaft hin- steuernd.

Nicht über Nacht ist dieser Plan entstanden; er ist im Grunde genommen ein notwendiges Ergebnis des Krieges. Die zurzeit zur Beratung stehenden Flottenrüstungen Eng- lands und Amerikas weisen beide Länder auf eine Verständi- gung hin. Die Vorgeschichte ist folgende: England hat 1916, gleichzeitig mit Deutschland, den Bau von Großkampfschiffen eingestellt. Seitdem ist nicht ein einziges Schlachtschiff auf Kiel gelegt worden, da die Frage ob Groß- oder Kleinkampfschiffe ungelöst blieb. In den letzten Monaten hat die eng- lische Admiralität sich nun dahin entschieden, daß das Schlachtschiff das Rückgrat jeder Flotte bilden muß und sie hat zu diesem Zweck Pläne für einen neuen Großtyp ausge- arbeitet, der die Schiffsbauprogramme aller Seemächte ebenso umzustößen droht, wie seinerzeit der erste Dreadnought.

Da Amerika im Begriffe steht, seine jetzt schon riesenhafte Flotte nochmals gewaltig zu vermehren, so muß England ein gleiches Tempo einschlagen, will es nicht seine Uebermacht verlieren. Die geregelten englischen Finanzen sind aber solchen Anstrengungen nicht gewachsen, und nur ungenügend gibt das englische Schatzamt seine gesunden Verhältnisse auf. Außerdem steht leuchtend das Menetekel des englisch-deutschen Flottenwettkampfes vor 1914 vor aller Augen. Die englische Politik mußte also versuchen, irgend einen Ausweg zu finden.

Harvey, der neue amerikanische Botschafter in London, der bekannte englandfreundliche Herausgeber von Harvey's Week, wies auf einen solchen Ausweg hin: ein angelsächsischer Konzern. Seine Presse unter- stützte diese Richtung, und da die amerikanischen Finanzen in ihrem Glend auch zum Himmel schreien, ließ sich Präsident Harding für den Plan gewinnen, der den Vereinigten Staaten Milliarden ersparen soll. Denn das ist die Bedin- gung: Amerika will Flottenersparnisse machen. Und das ist nur möglich durch eine Arbeitsteilung zwischen der englischen und der amerikanischen Kriegsmarine. England über- nimmt den Schutz im ganzen Atlantischen Ozean, und Amerika zieht seine gesamte Flotte im Pacific zusammen. Diese letztere Maßnahme kann den alleinigen Zweck haben, die amerikanische Vormacht gegen Japan zu sichern, woraus klar hervorgeht, daß die Lösung des eng- lisch-japanischen Bündnisses eine Vorbedingung dazu ist.

Die Folgen des englisch-amerikanischen Bündnisses wer- den also in jedem Falle ungeheuer sein; vorausgesetzt natür- lich, daß es zustande kommt, und daran ist kaum zu zweifeln. Die britische Reichskonferenz steht vor der Tür; Anzeichen deuten darauf hin, daß sie benutzt werden soll, um allen englischen Angelsachsen den Gedanken des gesamten Angelsächsentums einzuhämmern.

Was diese Umstellung der gesamten Politik für Deutsch- land bringen wird, ist schwer zu sagen. Siegt die Ansicht der „Times“, daß eine starke französische Freundschaft die Seele des Bündnisses werden soll, so wird man wohl aus unserem Rücken noch manchen Riemen schneiden. Uns scheint diese An- sicht aber falsch zu sein. Denn nicht die wandelbare fran- zösische Freundschaft hält England auf dem Festland den Rücken zur Weltbeherrschung frei, sondern ein gewisses Gleich- gewicht der Kräfte. Lord George wird deshalb von seiner Politik der mittleren Linie nicht leicht abzubringen sein.

Ein englisch-amerikanisches Bündnis wird uns deswegen im ganzen sicher eher nützen als schaden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Juni 1921.

Der Reichstag hatte in seiner Dauersitzung am Donnerstag von Anfang bis zu Ende ein vollbesetztes Haus; er füllte die Entscheidung über die Getreidewirtschaft. In zahlreichen, zum Teil namentlichen Abstimmungen, mußten die Fraktionen Farbe bekennen, wie sie zur Brotversorgung des Volkes stehen. Dabei zeigte sich mehr und mehr, daß sich den sozialistischen Parteien ein bürgerlicher Block gegenüberstellte, wenn auch bei einer Abstimmung die deutschnationalen aus taktischen Gründen mit den sozialistischen Parteien gingen. Sie stimmten mit uns den § 1 des Gesetzes nieder, weil ihnen die 3 Millionen Tonnen Brotgetreide, die der Gesetzentwurf erfassen will, noch zuviel sind. Wir stimmten mit den beiden anderen sozialistischen Parteien gegen den § 1, weil wir 4,5 Millionen Tonnen Brotgetreide zu erträglichen Preisen für die Bevölkerung sichern wollten. Da sowohl dieser sozialistische Antrag wie der § 1 des Regierungsentwurfes abgelehnt wurden, klaffte nun durch die ganze Lesung an Stelle des Paragraphen eine breite Lücke. Während der stundenlangen Erörterungen suchten die bürgerlichen Parteien nach einem Ausweg, um das Gesetz zu retten.

Aus der Debatte ist die Mitteilung des Reichsernährungsministers Dr. Hermes hervorzuheben, daß die Brotpreiserhöhung erst zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, also gegen den Herbst hin, eintreten und keinesfalls über 50 Prozent betragen soll.

Alle Versuche der Sozialdemokraten und der Unabhängigen, dem Gesetz noch einige Verbesserungen beizubringen, scheiterten an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien. Als dann schließlich auch die Resolution des Ausschusses abgelehnt wurde, die den Schutz des Reallohnes der Arbeiter und den Schutz gegen die weitere Verelendung der Renteneempfänger forderte, wenn die enorme Teuerung kommt, eine Resolution, die ferner die Gewinne bei der Annäherung an den Weltmarktpreis für die Allgemeinheit verlangt, fand das Interesse an der Annahme des Gesetzes für die Arbeitermassen auf Null.

In der dritten Lesung gab der bürgerliche Block dem § 1 des Gesetzes folgende Fassung: Für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung sind in dem Wirtschaftsjahr 1921/22 aus dem Inlande 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide im Wege der Umlage aufzubringen. — Der Bürgerblock gab diesem Beschluß auch sofort die richtige Auslegung, indem er folgende Entschließung der deutschnationalen Fraktion annahm: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, damit alsbald der freie Verkehr für Brotgetreide, Gerste und Hafer insändischer Ernte eingeführt wird.

Das ist in der Tat die Folge des Gesetzes, das am Donnerstag die bürgerliche Reichstagsmehrheit geschlossen gegen die ebenso geschlossene Front der drei sozialistischen Parteien angenommen hat: Binnen wenigen Wochen werden die Massen der Verbraucher zu spüren bekommen, was an diesem Donnerstag im Reichstag geschehen ist. Niemand glaubt daran, daß die 2 1/2 Millionen Tonnen wirklich erfasst und wenigstens ein Teil des Brotgetreides zu erträglichen Preisen verarbeitet werden kann. Das ganze Umlageverfahren ist nur noch eine Kulisse für die freie Wirtschaft. Die letzten Sicherungsmaßnahmen gegen den Brotwucher sind gefallen. Annäherung an den Weltmarktpreis und damit ein Gewinn von rund 5 Milliarden Mark für die deutsche Landwirtschaft, zugleich aber wachsende Verelendung der auf festen Lohn Angelegten sind aus dem heutigen Beschluß zu befürchten.

Auch politisch darf man an diesem Tag nicht vorübergehen. Die bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition ist bei dem ersten wichtigen Wirtschaftsgezet weit auseinandergeraten. Das ist wahrlich keine Festigung der ohnehin von vielen Gefahren bedrohten Regierung. Wie wird es bei dem Kampf um die Steuern, wie soll es bei der Heranziehung der Goldwerte werden? Diese Fragen drängen sich heute manchem noch stärker auf, als in den vergangenen Wochen. Die Partei wird gut tun, für alles gerüstet zu sein.

Donnerstag, 16. Juni.

Die Bewirtschaftung des Getreides.

Da die allgemeine Aussprache geschlossen ist, wird sogleich über § 1 des Regierungsentwurfes abgestimmt. Abgelehnt werden die Anträge Müller-Franken (SD.) und Dr. Herz (USP.) auf Beibehaltung der bisherigen Form der Bewirtschaftung des Getreides. Über einen Antrag Dujche (DVP.), die Zwangswirtschaft aufzuheben und die freie Wirtschaft einzuführen, wird namentlich abgestimmt und der Antrag mit 178 gegen 156 Stimmen der beiden Reichsparteien, der Demokraten und der Reichsbannerpartei abgelehnt. Abgelehnt werden die sozialdemokratischen Anträge, die Umlage auf 1/2 Millionen Tonnen festzusetzen. Angenommen wird in namentlicher Abstimmung mit 214 gegen 128 Stimmen ein Antrag Böhm (DVP.), Dujche (DVP.), Burlage (Z.), die Höhe der Umlage auf

Pariser Bilder.

Der unheimlichste Boche. Von Wilhelm Feldmann.

In einem Pariser Warenhaus, Abteilung für Kurzwaren. Das „Rayon“ der Anfängerinnen, weil der Verkauf von Garn, Stednadeln und anderem „Kleinram“ der Prozente beziehenden Verkäuferin wenig einbringt.

Eine junge Dame will Stednadeln kaufen. Roter Frühlingshut, graues Schneiderkostüm aus glattem „Fild-Fil“, dem Modestoff, das Jackett natürlich gegärtel, die Lippen etwas zu rot gemalt.

Die Verkäuferin, schwarz gekleidet, mit ziemlich langem Rock, wie manche Geschäfte ihn mit Rücksicht auf die Jugendhaftigkeit amerikanischer Kundinnen ihrem Personal vorgeschrieben haben, reicht zögernd ein rotfarbendes Nächgen.

Sie sagt dabei sichtlich geniert: „Ich bedauere, wir haben leider nur epingles boches“ (also: deutsche Stednadeln). Da die junge Dame das Nächgen nicht gleich entwirrt hinwirft, legt sie ermutigt hinzu: „Sie sind aber sehr gut!“

Die junge Dame lächelt. „Warum nicht? Ich nehme sie.“

Im „Métro“, der Pariser Untergrundbahn.

Neben mir im überfüllten Wagen erster Klasse ein junges Paar. Er ist, nach der Unterhaltung zu schließen, ein Künstler. „Sie“ — eine noch sehr junge Pariserin.

Die beiden setzen sich, umbelehnter um die Nachbarn. Er hält sie an beiden Händen fest, damit sie in dem schwankeuden Wagen nicht das Gleichgewicht verliert. Sie durchsucht mühselig nach dem Taschentuch. Sie durchsucht mühselig nach dem Taschentuch.

„Dieser Bleistift gefällt mir!“

Sie hat aus seiner Brusttasche einen langen Bleistift gezogen, an dem mit nichts Besonderes auffällt. Aber er gefällt ihr nun mal.

Der junge Künstler sagt: „C'est un crayon de boche.“ (Dies

3 1/2 Millionen Tonnen festzusetzen. Abgelehnt wird ein Antrag Dujche (DVP.), als Termin der Ablieferungsfrist für das erste Viertel der Umlage den 15. November festzusetzen, anstatt des 15. Oktober. Der Antrag Müller-Franken (SD.) und Dr. Herz (USP.), wonach die von der Umlage nicht erfassten Getreidemengen an die Reichsgetreidestelle zu einem vom Reichstag festgesetzten Höchstpreis abgeliefert werden sollen, wird abgelehnt. — In der Gesamtabstimmung wird im Hammersprung der § 1 mit 189 gegen 145 Stimmen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten abgelehnt.

Präsident Löbe: Durch diese Abstimmung ist dem Gesetz die Seele genommen. Geschäftsordnungsmäßig müssen wir aber die weiteren Paragraphen beraten, da der Reichsernährungsminister nicht beabsichtigt, die Vorlage zurückzuziehen. (Seitert.) Die Beratung wird beim § 2 fortgesetzt.

Dr. Helm (Bayer. WP.): Die Zwangswirtschaft ist heute das Verderblichste, was es gibt. Sowjetrußland hat schon beim Lebensabschluss mit Polen mit der Offenstde gegen das kapitalistische Europa Halt gemacht und weiter hat Sowjetrußland mit der Freigabe der Getreidewirtschaft kapitalisiert vor den 65 Prozent Bauern.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes: Die Zwangswirtschaft ist allerdings produktionsförderlich. Daraus kann man aber nicht den Schluß ziehen, daß sofort zur freien Wirtschaft übergegangen werden muß. Wir müssen auch darauf Rücksicht nehmen, daß die Befähigung der Verbraucher noch gerade erträglich ist. Uebrigens bin ich der Landwirtschaft gerade in der Preisfestsetzung entgegengekommen. Die Brotversorgung kann nur in der bisherigen Form durchgeführt werden. Bei einigem guten Willen kann die Landwirtschaft die Umlage durchaus erfüllen. Mit der alten Zwangswirtschaft noch eine bis zwei Millionen Tonnen herauszubringen und dann das Getreide freizugeben, wäre ungerecht. Unsere Reserven an Brotgetreide genügen nicht für den Übergang zur freien Wirtschaft. Die Verbilligungsaktion für das Auslandsgetreide kam, ebenso wie die Zwangswirtschaft, nur langsam und vorläufig abgebaut werden.

Simons-Franken (USP.): Das Umlageverfahren kann nicht verhindern, daß dieselben Katastrophen eintreten, wie bei der freien Wirtschaft. Einige Konsumvereine, nicht alle, haben nur darum die freie Wirtschaft gefordert, weil sie durch die Bäcker, die Schleichhandelsware führen konnten, benachteiligt wurden. Die §§ 2 und 3 werden angenommen.

Simons-Franken (USP.) verlangt, daß der Reichstag den Getreidepreis festsetzt. Ist es richtig, daß schon vor der neuen Ernte eine Erhöhung des Brotgetreides eintreten soll? (Minister Hermes verneint dies: „Eine Erhöhung wird frühestens zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres eintreten. Unter keinen Umständen wird sie mehr als 50 Prozent betragen.“)

Dr. Herz (USP.): Unter den freibefohlenen herrscht große Erbitterung. Würde jetzt in kurzer Zeit eine zweimalige Erhöhung des Brotpreises erfolgen, dann würde niemand imstande, der Erregung der verelendeten Massen Herr zu werden.

Eingegangen sind vier Entschließungen. Eine Entschließung des Ausschusses fordert gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes; eine Entschließung Müller-Franken verlangt einen Gehaltenswurf, der allen Beamten und Angestellten ein Mehrereinkommen in der Höhe sichert, die der Steigerung der Kosten der Lebenshaltung entspricht. Eine deutschnationale Entschließung verlangt den freien Verkehr für Brotgetreide, Hafer und Gerste. — Der Ausschussantrag wird mit 206 gegen 136 Stimmen abgelehnt, ebenso wird die Entschließung Müller-Franken (SD.) abgelehnt.

Um 7 1/2 Uhr schlägt Vizepräsident Dr. Bell Vertagung bis 8 Uhr vor zur Vornahme der dritten Lesung. Gegen den Widerstand der Kommunisten folgt das Haus dem Vorschlag des Präsidenten. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Berlin, 17. Juni.

Der „Vorwärts“ bezeichnet die gestrige Reichstagsabstimmung als die Beseitigung der Zwangsbewirtschaftung für das Brotgetreide. Das Blatt sieht eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Stadt und Land, arm und reich, und schwere wirtschaftliche Kämpfe als Folge der Getreideabstimmung voraus, wieft den bürgerlichen Parteien eine Rechtschwenkung aus Rücksicht auf ihren agrarischen Anhang vor und schließt mit den bemerkenswerten Sätzen: Die bürgerlichen Regierungsparteien und die Sozialdemokratie haben in den entscheidenden Fragen gegeneinander gestimmt. Eine solche Abstimmung wird die alte Koalition nicht vertragen können. Was aber dann? Die „Deutsche Tageszeitung“ urteilt über die gestrige Abstimmung im Reichstage: Der hart kämpfenden und hart bekämpften Landwirtschaft hat man wirklich keinen Dienst damit erwiesen. Sie wird trotz allem ihre Pflicht tun und wie bisher so auch in Zukunft ihre volle Kraft für die Ernährung des deutschen Volkes einsetzen.

Rathenau über Wiesbaden.

In Berlin, 17. Juni. Im Reichswirtschaftsrat erklärte Reichsminister Dr. Rathenau im einzelnen über die Wiesbadener Konferenz: Es war eine entschlossene und staatsmännische Tat des französischen Ministers, als er sich entschloß, nach Wiesbaden zu gehen. Die Verhandlungen haben zwei

Tage gedauert, sie sind in vollkommenen Formen geführt worden. Auf beiden Seiten hat man mit voller Loyalität die Schwierigkeiten anerkannt, die auf beiden Seiten des Gegenparts bestehen. Wir sahen allein einander gegenüber wie zwei Geschäftleute oder Techniker. Auch der Dolmetscher, dem eine Pressenotiz mir hier zugefickt hat, um mich zu schlingen, ist nicht zugegen gewesen. Bei den Verhandlungen habe ich die volle Objektivität empfunden, mit der Herr Loucheur die Interessen seines Landes vertritt. Ich habe mich gefreut, einem Manne zu begegnen, der ebenso wie ich die Absicht hat, die großen Fragen ohne Leidenschaft und ohne Voreingenommenheit zu behandeln, der allerdings genau weiß, wie groß und weitgehend die Rechte sind, die sein Land uns gegenüber besitzt und der nicht die Absicht hat, von diesen Rechten etwas aufzugeben.

Die Reaktion triumphiert.

In diesem Augenblick, drei Tage nach Ablauf des bayrischen Generalstreiks, muß festgestellt werden, daß die Regierung sich fester im Sattel sitzt als jemals. Die Konstatierung dieser Tatsache bedeutet nicht das Eingeständnis des Mißglückens des Generalstreiks, sondern sie zeigt lediglich den festen Zusammenschluß des Bürgertums gegen die Arbeiterchaft. Die bevorstehende Interpellationsbesprechung der Unabhängigen im Reichstage wird zu zeigen haben, daß das geschlossene Bürgertum sich einer nicht minder geschlossenen Arbeiterchaft gegenüber stellt, die im ganzen Reich den Kampf des bayrischen Proletariats mit der größten Sympathie verfolgt und ihm jegliche Unterstützung zusichert. Es war von vornherein ausgeschlossen, daß das Kabinett Bayer durch den Generalstreik zu stürzen war. Um so entschlossener muß der Kampf fortgeführt werden, als sich nunmehr zeigt, daß die bayrische Reaktion noch mehr Verleumdungen gegen die Vertreter der Arbeiter schmeißt als vorher. Unsere Genossen im Reichstage werden keinen Zweifel darüber lassen, daß es in der Beurteilung des Systems Bayr nur eine Stimme gibt, die nach wie vor die Forderung nach der gänzlichen Neubildung des Kabinetts in Bayern erhebt. Je entschiedener die Arbeiterchaft den Kampf aufnimmt, um so größere Aussicht hat sie, das reaktionäre Bürgertum in Bayern endlich zu verdrängen.

Der Prozeß Hölz.

Hölz gibt zwar eine reichlich lange Affäre der ihm zur Last gelegten Straftaten zu, einige aber stellt er sehr bestimmt in Abrede. Er will dem Gericht glaubhaft machen, daß der Staatsanwalt gegen ihn mit gefäulsten Zeugen arbeitet. Einen Zeugen Beyer beschuldigte er heute, sich in Magdeburg einem Major der Sicherheitspolizei zum Mordanschlag auf Hölz erboten zu haben. Es kam im Gerichtssaal zu einem sehr erregten Auftritt mit Beyer, der in jörniges Weinen ausbrach und sich auf Hölz stürzen zu wollen schien. Auf Anordnung des Vorsitzenden mußten zwei der zur Bewachung von Hölz anwesenden Schutzleuten den Zeugen halten und beruhigen. Hölz verwehrte sich gegen Beyers gestrige Aussage, daß er auf dessen Sinder geschossen habe. Kinder seien ihm heilig, versicherte er, und zur Befristung des Anklages ein Gebicht. Hölz möchte überhaupt als ein im Kern edler Mensch erscheinen und sucht immer wieder seine Gewalttaten als Notwendigkeiten hinzustellen. Daß er Gefangene, bei denen sich Waffen fanden, geschlagen hat, rechnet er sich fast als ein Verdienst an. Er hätte sie erschießen können, erklärt er, aber er habe sie nur geschlagen und sie davor bewahrt, daß seine Leute sich noch an ihnen vergriffen.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Braun wird nach Aufruf der Zeugen in der Beweisaufnahme fortgefahren.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er wiederholt von ihm verhaftete Personen geohrfeigt habe, u. a. den Pastor Neumeister.

Hölz: Das ist richtig. Ich habe i. Jt. den Befehl gegeben, daß nachdem das proletarische Standrecht von mir verkindet worden war, jeder, der die Waffen nicht abgibt, sofort erschossen werden sollte. Ich habe natürlich nicht die Absicht gehabt, diesen Befehl auszuführen, ich habe fürchten müssen, daß Leute, die gegen den Befehl verstoßen hatten, um den revolutionären Arbeitern mißhandelt würden und deshalb habe ich den Leuten, wenn sie mir vorgeführt wurden, selbst ein paar Ohrfeigen gegeben. Der Pfarrer Neumeister wurde mir vorgeführt mit dem Bemerkten: „Der Kerl hat auf uns geschossen!“ Wenn ich gewußt hätte, daß es ein Pfarrer war, der weiter nichts getan hatte, als unsere Plakate abgerissen, so hätte ich ihn nicht geschlagen.

Vorsitzender: Sie haben wiederholt Personen als Geiseln festgenommen und verschleppt?

Hölz: Jawohl, hauptsächlich natürlich Angehörige der belizenden Klassen, da von denen auch gleichzeitig Geld zu erlangen war.

Vorf.: Was geschah mit dem Gelde? Hölz: Ich brauchte es zur Löhnung. Vorf.: Wieviel hatten Sie denn für sich selbst

ist ein Boche-Bleistift. Der Ton, mit dem er den deutschen Urzeugung seines Bleistifts betont, läßt nur eine Deutung zu: besonders gute Qualität.

So läßt es auch seine kleine Freundin auf. Sie wiederholt, daß der Bleistift ihr gefällt, und läßt ihn in ihrer Handtasche aus Brotatstoff verschwinden.

Eine „Midinette“ erzählt mir, heute habe es in ihrem Puchmacheratelier etwas Lufliges gegeben.

Die jüngste „Arbeiterin“, Wabeleine, mußte unten im Hutladen beim Verkauf mithelfen. Ein reizendes Geschöpf, diese Wabeleine, goldblond, mit großen blauen Augen und gesunder Haut.

Als die Kleine wieder ins Zwischengeschloß hinaufkam, fiel ihren Kameradinnen gleich ihr ungemohnt finstres Wesen auf.

„Aber — was gibt es denn? Was hast Du? Was hat man Ihnen getan?“

Die Fragen schwirren durcheinander, während die in Arbeit befindlichen Hüte auf die Knie landen. Wabeleine ist der Liebbling des Antlers. Sie nehmen alle an ihrer Verstimmung aufrechtig Anteil.

Die Kleine antwortet zunächst nicht. Dann macht ihre Wut sich Luft durch den Ausruf: „So eine Kruthenne!“ Und endlich kommt es heraus: eine Kurbin hat unten von ihr gesagt: „Wie dröckig die Kleine ist! Sie sieht aus comme une poupee boche“ (also: wie eine deutsche Puppe).

Wabeleine kämpft tief beleidigt mit Tränen. Ihre älteren Kameradinnen verheizen das Nachen, um die Kleine nicht noch mehr aufzubringen. Sie wissen nicht recht, wie sie trösten sollen.

Da sagt Ahne, die „Première“, mit ihrer sanften Stimme: „Wissen Sie denn nicht, daß die deutschen Puppen die schönsten sind?“

Dem stimmt... alle eifrig bei. Wabeleine schmolzt noch ein wenig. Dann betrachtet sie sich im Spiegel und lächelt befriedigt.

Eine neue elektrische Kraft

haben zwei junge schwedische Gelehrte, Alfred Johnson und Knud Raahel entdeckt, die sie zum erstenmal in dem Londoner Institut für elektrische Ingenieurtautik vorführten. Die Sachverständigen dieses Kreises erklärten, daß die Entdeckung die wichtigste sei, die in den letzten 10 Jahren auf diesem Gebiet gemacht worden ist. Die neue Feststellung der beiden Schweden besteht darin, daß, wenn ein außerordentlich schwacher elektrischer Strom durch ein Stück Magnet oder Schiefer und ein damit in Verbindung gebrachtes Stück Metall geht, die beiden Stücke so fest aneinanderhaften, wie ein Stück Stahl an einem Magneten. Das Wichtigste bei dieser Entdeckung ist aber, daß die Anziehung schon durch ein Millionstel Teil des elektrischen Stromes ausgelöst wird, der im Falle des Magneten und Stahls notwendig ist. Daher kommt die große Bedeutung der neuen Kraft für Telephonie und Telegraphie, besonders für die drahtlose, so daß vielleicht dadurch eine ganz neue Epoche der drahtlosen Telephonie und Telegraphie eingeleitet wird.

Eine 3000 Jahre alte Taschenuhr.

Eine vor etlichen Jahren bei den Ausgrabungen in Geger gefundene Eisenbeschäftigung war von ihrem englischen Entdecker Macalister als ein Pectoral, d. h. eine Verzierung des Brustschutzes, gedeutet worden. Nach neueren Feststellungen handelt es sich aber um eine Reisesonnenuhr, und zwar um die älteste, bisher nachweisbare. War diese Art von Sonnenuhren bisher frühestens aus volemischer Zeit belegt, so reicht der in Geger gefundene, nur sechs Zentimeter breite Zeitmesser sicher in die des Königs Menephtah, um 1250 v. Chr. zurück. („Umschau.“)

Wiedereinführung des Bankwesens in Sowjetrußland.

Moskau, 14. Juni. (Frankfurter Zeitung.) Die „Ekonon...“ berichtet: In der letzten Sitzung des Kollegiums des Finanzkommissariats wurde unter Hinweis auf die neue Wirtschaftsreform und die Entwicklung des Handels Sowjetrußlands die Notwendigkeit betont, Privatpersonen das freie Verfügungsrecht über unbeschränkte Geldmittel zuzusprechen und sie vor unerwarteten Konfiskationen zu schützen. Auch verlan... die erforderliche Bequemlichkeit des Geldumlaufs, daß die Sowjetregierung Privatpersonen das Recht zur Aufbewahrung der Geldmittel in den Kassen des Finanzkommissariats gewährt. Deshalb müsse in Rußland das Banksystem wieder hergestellt werden. Das Kollegium des Finanzkommissariats billigte einstimmig diese Vorschläge und beschloß, bei der Sowjetregierung darauf zu dringen, schnellstens das Bankwesen zu legalisieren.

Der belgische Kohlenmarkt.

Die Lage auf dem Kohlenmarkt bessert sich laut „Gazette de Charleroi“ auffallend. Täglich werden große Mengen Kohlen nach Frankreich, Holland und der Schweiz transportiert, sehr oft unter Nichtberücksichtigung der Bedürfnisse der belgischen Industrie. Auf dem Kohlenmarkt ist die Lage unverändert. Infolge des Stillstandes von einer Reihe von Hüttenwerken ist die Nachfrage nicht sehr groß. Außerdem genügen die deutschen Sendungen den Bedürfnissen vollkommen. In Interessententreffen erwartet man denn auch eine Baisse auf dem Hüttenkohlenmarkt. Das „Comptoir belge de repartition du charbon allemand“ (Verteilungsbüro für deutsche Kohle) teilt mit, daß im Laufe des Monats April 46 309 T. Kohle in belgischen Bahnhöfen eingetroffen sind. Außerdem sind 50 665 T. Kohle eingelaufen. Auf den Wasserstraßen wurden im ganzen 158 017 T. Brennmaterial transportiert.

Zur Krise in der italienischen Textilindustrie.

Gegenwärtig macht die italienische Textilindustrie eine schwere Krise durch. Wenn die italienischen Baumwollspinnereien heute ihre Bilanz abschließen würden, müßten sie ein Defizit von mehreren hundert Millionen Lire feststellen. Die Ursache liegt, wie der „Konfektionär“ berichtet, hauptsächlich darin, daß die meisten italienischen Spinnereien ihren Bedarf für die Dauer von ein oder zwei Jahren auf einer Preisbasis von 27 Centis per Pfund in den Vereinigten Staaten gedeckt haben, während sich die amerikanischen Notierungen jetzt zwischen 12 und 13 Centis bewegen. Ähnlich liegen die Dinge in den Wollspinnereien, die sich gleichfalls für längere Zeit zu hohen Preisen eingedeckt haben.

Riesengewinne der Großindustrie.

Das Brauergewerbe hat es trotz der Ungunst der Zeiten nach wie vor verstanden, eine gewinnbringende Dividendenjagd herauszustellen.

So verteilt die Dortmunder Union-Brauerei A.-G. in Dortmund 35 Prozent Dividende, vergrößert nach bekanntem Muster das Aktienkapital um 3 525 000 Mark auf 10 Millionen Mark und bietet ihren Aktionären diese Summe im Verhältnis von 2 : 1 zu 110 Prozent an. Da die Börsennotierung etwa 700 Prozent beträgt, erhalten die Aktionäre neben der hohen Dividende ein Millionenangebot.

Die Brauerei Gebr. Dieterich A.-G. in Düsseldorf verteilt 18 Prozent Dividende, wobei im Geschäftsbericht hervorgehoben wird, daß die „heutigen Bierpreise nicht mehr die Herstellungskosten decken.“

Gut gearbeitet, das heißt das verbrauchende Publikum gehörig bewuchert, hat auch die Zuckerhandelsunion Akt.-Ges. in Hamburg, die eine Dividende von 48,5 Prozent zur Verteilung bringt.

Noch besser ist das Ergebnis bei der Sarotti-Schokoladen-Kakao-Industrie A.-G. in Berlin. Sarotti als eine der größten deutschen Schokoladenfabriken, stellt die gerade für stark unterernährte Bevölkerung gegenwärtig besonders wertvollen Nährmittel, Schokolade und Kakao, her. Bei den, wie bekannt, im Kleinhandel ungeheuerlichen Wucherpreisen für diese Produkte hatte diese Gesellschaft letztjährig einen Umsatz von 78 Millionen Mark, der das Aktienkapital um das Dreifache überstieg. Sie schüttelt auf ein erhöhtes und gründlich vergrößertes Aktienkapital die fabelhafte Dividende von 60 Prozent aus, wobei es die Verwertung fertig bringt, im Geschäftsbericht wörtlich von einem „mäßigen Nutzen“ zu sprechen.

Erhöhung der Versicherungsgränze für Angestellte.

Der Reichsrat nahm ohne Erörterung den Gesetzentwurf über die Veränderung der Versicherungsgränze für Angestellte an. Nach dem Entwurf wird die Versicherungsgränze von 15 000 auf 28 000 Mk. erhöht.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 16. Juni.
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	16. Juni.	15. Juni.	
Holland	100 fl.	2812.50	2817.50
Kopenhagen	100 Kr.	1192.50	1192.50
Stockholm	100 Kr.	1567.50	1565.—
Kristiania	100 Kr.	1005.—	957.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	106.—	110.—
Schweiz	100 Frs.	1180.—	1172.50
Wien (all)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	14.25	14.50
Budapest	100 K.	27.80	27.37
Prag	100 K.	96.50	96.50
Spanien	100 Pesetas	912.50	915.—
London	1 £	264.—	268.50
Paris	100 Frs.	568.—	559.—
Belgien	100 Frs.	558.—	559.—
Italien	100 Lire	857.—	857.—
Bukarest	100 Lei	107.—	—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll.	69.62	70.25
do. briell. Ausz. od. Scheck		69.37	69.87

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 16. Juni 1921.
Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Lage Sit.

D.	Ernst Fehmarn	Langhinrichs See		1	
D.		Schwenn Burg		4 1/2	
Angelommen am 17. Juni 1921.					
D.	Rarl Grammersdorf	Ramm	Goldtau	1	
D.	Ojelm	Rahmussen	Kopenhagen	1	
S.	Odelgard	Brede	Trelleborg	4	

Verantwortlich: Hr. Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freistaat Lübeck Hr. Journalist Hermann Bauer; für Partei- und Gemeindefragen Hr. August Schulz; für Inserate Hr. Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

ausgeführt? Hölz: Für uns Führer haben wir nichts zurückgelassen. — Justizrat Broß erklärt, daß bei den Hölzischen Gruppen eine besondere Kommission eingesetzt war, welche die Kasernenverwaltung bildete.

Vors.: Wurden auch Bücher geführt? Hölz: Jawohl. Ich habe mich um die eigentlichen Kassensachen nicht bekümmert, da ich nur die militärische Leitung hatte.

Justizrat Broß: Ich will bemerken, daß Hölz in den ersten zwei Wochen hier im Gefängnis die bekanntlich sehr fettarme Gefängnisnahrung essen mußte, da er kein Geld hatte. Erst später wurde eine Hilfsaktion für Hölz eingeleitet, die ihn sowohl wie seine Frau unterstützte.

Dann wird der gestern vernommene Zeuge Beyer noch einmal vorgelesen, da die Verteidigung noch nähere Auskunft über dessen Bestreben seiner Wächter, Hölz zu ermorden, wünscht. Der Zeuge bestreitet, eine solche Absicht geäußert zu haben. Er habe nur gebeten, ihm einige Spio-Leute mitzugeben, dann würde er schon bald für Ruhe und Ordnung sorgen. Angekl.: Das ist ja Unsinn, was der Mann sagt! Wie sollte der Mann mit 10 Leuten Ruhe und Ordnung schaffen? Wir waren hunderte von Leuten und daraus ergibt sich schon, daß er einen Meuchelmord im Auge hatte. Er hat sich dem Gericht angeboten und den Major Bolte um Waffen und Leute gebeten usw. Zeuge (sehr erregt): Dazu gehören ja nur ein paar Leute, denn die Begleitmannschaften des Angeklagten waren ja so feige, daß sie nur gleich ausrissen. — Es kommt im Anschluß hieran zu äußerst erregten Szenen.

Auf Einwirkung des Angeklagten ruft der Zeuge mit lauter, vor Zorn bebender Stimme: Der Kaiser hätte nur allein in meine Räume kommen sollen, ohne seine bewaffneten Leute, dann hätte ich ihm gezeigt, was er wert ist! Mit verzweifelterm Händelingen und fast schluchzend: Der Kerl hat meine Familie in Grund und Boden gerichtet! — Vors.: Zeuge, Sie müssen ihre Ruhe bewahren! — Zeuge (immer lauter und erregter): Dieser fetze Hund! Daß ein alter deutscher Soldat sich von einem solchen Kerl, solchem Lump beleidigen lassen muß, ist doch entsetzlich! — Der Zeuge macht Miene, sich auf Hölz zu stürzen, ringt die Hände und kann nur durch zwei hinzueilende Spio-Männer von einem Angriff auf Hölz zurückgehalten werden, die ihn zur Zeugenbank zurückführen. — Hölz: Dem Manne ist gar nichts geschehen, auch hat er keine Verluste erlitten. Es ist merkwürdig, daß gerade die Leute, die am wenigsten zu leiden gehabt hatten, Dinge hier zur Sprache bringen, die gar nicht passiert sind. Das zeigt mir am besten, daß solche Leute gekauft sind. — Justizrat Broß: Das wollen wir von diesem Zeugen nicht sagen, aber er ist offenbar ein Psychopath und ich beantrage, seine Frau als Zeugen vorzuladen und ihn auf seinen Geisteszustand zu untersuchen.

Zeuge Geh. Rat Reintke aus Mansfeld bekundet die Vorgänge bei der dort vorgenommenen Sprengung des Amtsgerichtsgebäudes und Befreiung von Gefangenen. Hölz bemerkt

hierzu, daß von dem letzten Mansfelder Streik her noch politische Gefangene im Gefängnis waren, so daß er Befehl gegeben habe, diese Leute zu befreien. Der Zeuge bestreitet, daß noch politische Gefangene festgehalten wurden. Ob Hölz bei der Aktion selbst war, weiß er nicht.

Sehr ausführlich erzählt der Prediger Neumeister aus Wilmersburg, der als Geisel verschleppt worden ist, seine mehr als bösen Erlebnisse. Die Sache begann damit, daß jemand bei ihm erschien und eine Forderung an ihn stellte. Er hat ihn abgewiesen. Ihm wurde gedroht, daß die Kirche in Feuer genommen werden würde. Am nächsten Morgen seien zwölf bewaffnete bei ihm erschienen, die er aber heftig anfuhr und aus dem Hause wies. Als er nächsten Tages bei seiner Arbeit sah, kleben ein paar Jungen ein Plakat an sein Haus. Als er es wieder entfernte, wurde ihm gesagt: „Haben Sie Hölz schon kennen gelernt?“ und als er verneinte, wurde hinzugefügt: „Dann werden Sie ihn kennen lernen!“ Der Zeuge schildert seine Erlebnisse bei seiner Verhaftung. Es fanden um ihn 400 Mann herum. Der Angeklagte Hölz habe ihn vier bis fünfmal so in's Gesicht geschlagen, daß er befüchtet habe, das Gehör zu verlieren. Dann habe Hölz ihn gegen die Arie gestoßen und getreten, so daß er zu Boden gefallen sei. Dann hieß es: „Der Mann wird abgeführt!“ Nach einiger Zeit kam Hölz und sagte: „Wenn Sie nicht bis 12 Uhr 5 Minuten 100 000 Mark auf den Tisch legen, werden Sie erschossen!“

Redakteur Heese vom „Anhalter Courier“ in Bernburg bekundet, daß er erst nach Wolferoda zum Hauptquartier und dann nach Eisenberg zum Hauptaktionsauschuß gebracht werden sollte. Unterwegs ist er durch Schläge auf den Kopf und Fußtritte mißhandelt worden. Auch Hölz selbst habe ihn mit Ohrfeigen und Fußtritten mißhandelt und ihm unter Vorhalten der Pistole mehrfach gedroht, ihn zu erschließen. Der Zeuge ist völlig ausgeplündert worden, selbst die Hosenträger wurden ihm abgenommen. Auch ihm ist gesagt worden, daß er mit anderen Geiseln als Kugelfang benutzt werden sollte. Während des Gefechts bei Quastebühl blieb der Wagen mit den Geiseln direkt in der Feuerlinie stehen, so daß die angreifende Spio, die bei der Entfernung von zirka 800 Metern nicht erkennen konnte, daß es sich um unbewaffnete Menschen handelte, auch auf diese feuerte. Dies hatte den tragischen Erfolg, daß zwei der Geiseln, darunter ein Pastor Müller, erschossen wurden und mehrere andere schwer verwundet wurden.

Postdirektor Wendel-Sangerhausen schildert, wie das Postamt ausgeplündert wurde. Es wurden ca. 70 000 Mark geraubt. Als der Verlust, das Lösegeld von 500 000 Mark zu beschaffen, vergeblich blieb, bot Zeuge von den in seinem Besitze befindlichen Postgeldern dem Hölz das Lösegeld an. Hölz nahm 156 000 Mk., ließ aber die Geiseln trotzdem nicht frei. Der Zeuge bekundet schließlich noch, daß auf Befehl des Hölz das Telephon- und das Telegraphenzimmer des Postamts gesprengt worden und der Post ein Schaden von insgesamt 460 000 Mark entstanden sei.

Stinnes als Steuerzahler.

Wir entnehmen mit einigen Kürzungen die folgenden Ausführungen der überaus interessanten, demnächst im Verlag der „Vorwärts“-Buchhandlung erscheinenden Broschüre Kurt Heinigs: „Stinnes und seine 600 000 Arbeiter“. Red.

Macht wächst aus Geld, aus Kapital. Wie ist es möglich, daß Stinnes noch heute seine industrielle und wirtschaftliche Gewalt immer weiter ausbauen kann, da doch die großen Besitz- und Einkommensteuern die Reichen und Reichsten bis an die Grenze des Möglichen zugunsten des Landes auf feuerlichem Wege enteignen? Man erinnere sich nur, daß die außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 die hohen Gewinne bis zu 70 Prozent, daß das Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs (von 1913 bis 1919) diesen bis zu 100 Proz., daß das Kapitalertragssteuergesetz die Industrirenten bis zu 70 Proz. und daß die Reichs-Einkommensteuer die Verdienste bis zu 60 Prozent versteuern sollen! Wenn diese Gesetze nicht neunhundertneunundneunzig Lücken hätten und wenn die eben verschundene Reichsregierung den ernsthaften Willen besäße, dem privaten Reichtum wirklich zu Leibe zu rücken, dann wäre auch Herr Stinnes nur ein mäßig vermögender Mann. Die Zahl der Millionen des Herrn Stinnes steht in direktem Verhältnis zu der Menge Sinterkugeln, die in den wichtigsten deutschen Steuergehäusen vorhanden sind. Für die Sozialdemokraten ist es seit 1919 eine Hauptaufgabe gewesen, in den Steuergehäusen der Republik die Löcher zu verstopfen, durch die das Papiergeld der reichen Leute aus Angst vor dem Steuererheber sich flüchtete. Unter Führung Helfferichs und Hertgs haben seit dem Juni 1920, nach den „Wiederaufbau“- und „Roten-Ketten“-Wahlen, alle Geldschränke Deutschlands unter Gesang patriotischer Lieder hinter deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Fahnen einen unermüdbaren Stellungskrieg gegen den letzten Willführer, der Deutschland mühsam vor dem finanziellen Untergang schützte.

Man braucht deswegen bei dem steuerlich so merkwürdig zart angefaßten Reichtum des Herrn Stinnes und anderer Leute nicht gleich an illegale Steuerhinterziehungen zu denken. Es gibt ja so viele „gesetzliche“ Wege; und es wird sich hoffentlich nicht ein braver Beamter finden, der die Steuererklärung des Herrn Stinnes ebenso behandelt wie die Erzbergers, sie photographiert und publiziert.

Stinnes besitzt Kohlen- und andere Lager, Schiffe, Bergwerke, Aktien und Anteile aller möglichen Unternehmungen; er ist an vielen Geschäften mit beschränkter Haftpflicht beteiligt und hat in aller Herren Länder Bankkonten. Ist es nicht Hugo Stinnes selbst, dann sind es seine Firmen, seine Geschäftsfreunde oder ihm nahestehende Unternehmungen. Überall kann man recht und gesetzlich „Schreiben“, überall kann man „ordnungsmäßige“ Reservieren bilden. Herr Stinnes hat viel nichtdeutschen Besitz, er war schon immer an großen ausländischen Unternehmungen beteiligt. Liegen diese Objekte im neutralen Ausland, dann bringen sie gute Baluta, liegen sie im feindlichen Gebiet und wurden sie auf Grund des Friedensvertrags wegggenommen, dann entschädigt ihn Bestimmungen gemäß des Reichs. Stinnes treibt umfangreichen Auslands-handel, Stinnes kauft viel Auslandsware, seine Gesellschaften treiben Auslands-handel, dort, wo er beteiligt ist, werden die Beziehungen zum Ausland gepflegt. Es quillt ihm aus tausend Poren zu, je größer sein Interessentkreis wird. Welcher Steuerbeamte will da nachkommen? Wer weiß außer ihm selbst in seinen Angelegenheiten so gut Bescheid, daß er ihm wirklich nachträhen kann? Niemand! Der Staat, das Reich ist auf seine Ehrlichkeit angewiesen.

Schon Treitschke sagte, daß es keinen ehrlichen Kaufmann gebe. Ist der Mann der Steuerbehörde gegenüber ehrlich, dann ist es kein Kaufmann.

Nehmen wir aus den tausend Möglichkeiten der Umgehung der steuerlichen Nachteile nur eine heraus: Die Aktiengesellschaften usw. wurden schon bei den großen Vermögenssteuern auffällig begünstigt. Kriegszuwachssteuer und Reichsnotopfer traf nur den Privatmann mit den vollen Sähen, juristische Personen wurden mit lächerlicher Milde behandelt. Noch stärker tritt dies bei der Körperschaftsteuer hervor.

Heute wird ihm besonderen bei den Gesellschaften, die von wenigen Großaktionären beherrscht werden, und dazu zählen in erster Linie die Stinnesschen Unternehmungen, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der erzielten wirklichen Gewinne zur Ausschüttung verwendet. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit wirtschaftlicher Vorkäuf. In Wirklichkeit hat diese „Vorkauf“ den Vorteil ungescheuerlicher Steuerersparnisse. Im besonderen dort, wo die Macht der neuen Industrieherzöge hinreicht, wird heute nur noch ein kleiner Teil der industriellen und Handelsgewinne in den Jahresabzählungen sichtbar gemacht, und noch weniger geht in Form von Dividende, Lantime oder Gratifikation der Gewinn den Weg der gewöhnlichen Verteilung. Nur dieser Unternehmensgewinn geht auf einem derartigen Wege zum Empfänger, daß er voll zur Steuer herangezogen werden kann — wenn dieser Empfänger ehrlich ist.

Die ganze deutsche Industrie arbeitet nach dem System Stinnes, wenn sie Steuern zahlen soll. Je größer die Geschäfte und je umfangreicher das Interesse, um so besser ist es für die Steuerklärungen. Ueberlegen wir uns doch nur, wie die Gewinne der Aktiengesellschaften mit beschränkter Haftpflicht versteuert werden. Der gesamte Gewinn unterliegt nicht etwa den 60 Proz. des Einkommensteuergesetzes, er wird nur mit etwas mehr als 10 Prozent auf Grund des Körperschaftsteuergesetzes erfasst. Nur die eigentlichen Dividenden usw. werden beim Empfänger voll zur Einkommensteuer herangezogen, aber alles, was jene Unternehmungen an Gewinnen nicht auszahlen, wird geschenkt!

Die Verzauberung gewaltiger Kapitalien hat aber neben der Rettung vor dem Steuererheber noch eine andere eigentümliche Wirkung. Die aufgestapelten Geldmengen haben die Kraft, immer neue Gelder herden zu müssen. Sie verlangen stets erneute Anleihe und Betätigung. Anders würde das in alle Ecken und Schränke gestopfte Geld den Betrieb, der es brach liegen lassen wollte, einfach ersticken. So ist auch der bei Hugo Stinnes heute erkennbare hastige Ausdehnungsdrang zu einem Teil die Folge der allgemein üblich gewordenen Verschleierung und Hinterziehung der industriellen und Handelsgewinne. Sie sind die Grundlage und Notwendigkeit zu immer neuen Verschleierungen und Interessenverquickungen. Auf dem Rattenkönig immer zahlreicher werdenden Unternehmen sieht dann als Regent ein Mann mit verhältnismäßig geringem Einkommen und einem steuerlich kleinen Kapitalbesitz, der aber in Wirklichkeit der Herr über Abermillionen und Milliarden ist, von dem Hunderttausende von Arbeitern abhängen, der die öffentliche Meinung und politische Parteien beeinflusst, der zum Staat im Staate geworden ist!

Das kann aber ein Staat auf die Dauer nicht ertragen. Er kann es nicht dulden, daß sich an seinem Leibe ein Glied selbständig macht, obwohl es durch den Gesamtorganismus ernährt und erhalten wird. Hier hilft aber nur ein Radikalmittel, und das ist der Sozialismus. Der Weg dahin führt über eine ernst zu nehmende Besteuerung der Großverdiener.

Bestern nachmittag
8 Uhr starb nach lan-
gem Leiden mein lieber
Mann und meines
Sohnes guter Vater
Karl Lenschow
im 28. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Ida Lenschow,
geb. Kolz
und Verwandte.
Beerdigung Montag
nachm. 3 Uhr, von der
Leichenhalle Bornwerter
Friedhof. (8049)

Deutscher
Metallarbeiterverband
Verwaltungsst. Lübeck.

Am 15. Juni ver-
starb unser Kollege
Karl Lenschow.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fin-
det am Montag, dem
20. d. Mts., nachm.
3 Uhr, auf dem Born-
werter Friedhof statt.
Besitz 20. (8062)
Die Ortsverwaltung.

Tagesmädchen von 14—17
Jahren für 2 Personen
8058) Großer Kiebau 27, II.

1 Paar fast neue Anaben-
Stiefel zu verkaufen. Gr. 38.
8051) Glandorpstr. 21, II.

21. Gasherd m. Ständer
u. Schlauch bill. zu verk.
8035) Glandorpstr. 30, S. 2.

Zu verk. 1. niedl. Hund.
8056) Königstraße 107.

Kleiderschr. u. Kom. zu vk.
8055) Kl. Gröpelgrube 5.

Schlafzim., kompl. 2100 M.
8052) Breite Str. 22, Sthg.

6 Wochen alte
Zettel
billig zu verkaufen. (8060)
W. Howe, Fadenbg. 39 I.

Antike Möbel
kauft dauernd (8057)
Alwin Pump, Denkwardstraße 62.

Goldflake!
echt Wills — beste engl. Zigarette
frische Qualität! Kleinkaufspr. 50 Pf.
Generalvertrieb: G. Grundmann
Schüsselbuden 32. (8045) Tel. 418.

Billiges Fleisch!
Gulasch in Dosen
garantiert reines Rindfleisch
2-Pfund-Dose 10.50
jetzt nur
P. Reiher, 2g. Loh-
berg 54.

J. H. Bein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für
erstmännliche Manufaktur-
waren • Spezialhaus
für Herren, Bekleidern
und Damen • Herren-
u. Anaben-Garderoben
Arbeiter- und
Berufsleidung. (8008)

Steuerbuch
enthaltend:
Einkommensteuergesetz
Körperschaftsteuergesetz
Kapitalertragsteuergesetz
Einkommensteuergesetz
Einkommensteuerordnung
mit gemeinverständlichen
Erläuterungen.
Herausgegeben von
Wilhelm Heil.
Preis M. 20.—
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Hurra, keine Fleischnot ist da!
Johann Möller's Fleischquelle, Huxstraße
83/85.
Achtung! Schweinsköpfe Pfd. 6 Mk. mit Fettbacke.
Prima fettes Ochsenfleisch 8 M. Karbonade 16 M.
Fettes Kalbfleisch 10 M. Speck 9 M.
Schweinefleisch 14 M. Schelbenbeefsteak 14 M.
Rollefleisch 12 M. Knochen 1 M.
Frisches Hackfleisch 8 M. Braunschweiger 6 M.
Gulasch 10 M.
Kaufe Rinder, Schweine, Kälber, Hammel.
Fernruf 8544. 8088

Leset die Arbeiter-Jugend
Jugend der Arbeiterschaft, raff dich auf
Deiner Gleichgültigkeit auf, abonniere
auf die Zeitschrift der Jugend!
Sie vertritt Deine Interessen,
bringt anregende Artikel aus allen Gebieten
des Wissens und der Jugendbewegung, ist
reich illustriert. Sie ist die größte und ver-
breitetste Jugendzeitschrift, erscheint zwei-
mal monatlich, der Bezugspreis beträgt
3.— Mk. vierteljährlich, einzeln 60 Pf. Zu be-
stellen bei allen Buchhändlern, Parteilich-
handlungen oder direkt beim Verlag der
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.
Lindendamm 3.

Wilhelm Rode Lübeck, Glockengießerstraße 16 I.
Empfehle Wiederverkäufem mein reichhaltiges Lager
Zigaretten, Tabak, Zigarren
bekanntester Marken zu Original-Fabrikpreisen
Zigarren von M. 47.00 an. Kistenweiser Verkauf.
Prompter Post-Versand. Verl. Sie Preise. (3034)

**Siedlung
und Kleingarten**
Vierseitige Zeitung in Kupfertief-
druck, reich illustriert, mit prak-
tischen Erläuterungen für Klein-
garten und Siedlung. Erscheint
alle 14 Tage. Bezugspreis für
die Volksbotenleser monatlich nur
fünfzig Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im Lübecker
Volksboten.

Schelm & Wege Mengstr. 10
Mee- und Grassamen, Saubohnen, Erbsen,
Basil, Blumenstäbe, Dahlien- und Tomaten-
stäbe, Horaspäne, Ammoniak, Gartendünger

Bitte, sofort bestellen!
Der Wahre Jacob
Einzig, farbige gedruckte humoristisch-
satirische Zeitschrift der Sozial-
demokratischen Partei Deutschlands
Erscheint alle vierzehn Tage
Preis der Nummer 60 Pf.
Bestellungen werden entgegengenommen von
der Expedition dieses Blattes und von
sämtlichen Anstößern

Jeder Besitzer des Kommentars zum Betriebs-
stättengesetz von Dr. Georg Fritow braucht
auch den soeben erschienenen
Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen
gegenüber
**Betriebsabbrüchen
und Stilllegungen**
nebst der Ausführungsanweisung
Unentbehrlich
für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Be-
hörden, Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.
Preis 1.50 Mark und 20% Teuerungszuschlag
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

LODEN
Mäntel 200.— 275.— 325.—
Anzüge 350.— 495.— 550.—
Pelerinen 210.— 275.— 325.—
Manchester-Anzüge 520.— 620.—
Elegante Sportanzüge 675.— 775.—
Elegante Damenkostüme 440.— 675.—
Strickjacken 275.— 320.—
Verlangen Sie neuesten Katalog! (8040)
GASSMANN
Mühlenstraße 34.

Karl Lahrz, Röttcherstr. 16
Pa. fettes Rindfleisch 10.—
„ Weefsteak, Roul. 14.—
„ weißes Schmalz 10.—
„ Schweinefleisch 14.—
„ fettes Hammelfl. 11.—
„ dick. ger. Karbonad. 13.50
Speck bei 16 M. u. 3 Z
frisches Gehacktes (8069)

Gut und billig!
hemdentuche v. 9.75 an
Stouts v. 8.80 an
Schürzenstoffe v. 18.50 an
Damenstrümpfe v. 7.95 an
Badhandtücher und
Baddecken. 8049
Heinrich Beuck
Brocksstraße 25.

Dickfettes Ochsenfleisch 9.—
Junges Rindfleisch 8.—
Rollefleisch und Beefsteak 12.—
Hack und Gulasch 10.—
Felix Peters
Glandorpstr. 45. (8083)

Haltbare Kollenträger
Herrenwäsche
Krawatten 8048
in großer Auswahl.
Papier-Wäsche
(Wey & Edlich) zu Fabrikpreis.
Aug. Janensch
Sandstraße 6.

**Konzertina-
Klub
„Lübeck“**
Sonnabend, den 18. Juni:
Großes Konzert und Ball
unter Mitwirkung Kieler Vereine
im **Gewerkschaftshaus.**
Anfang 7 1/2 Uhr. (8087)

Louisenlust.
Sonnabend, den 18. Juni 1921
Sommernachts-Ball.
Bei eintretender Dunkelheit Laternenpolonäse.
Anfang 7 Uhr. (8086) Ende ?

Zentralhallen
Morgen Sonnabend: (8084)
Gr. Tanzkränzchen.

**Kolosseum
Ball**
Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Anfang 6 Uhr.
Heinrich Ohde.
(8047)

Waisenhof (8008)
Jeden Freitag u. Sonntag:
Tanz.

**Bimburger
Fettkäse**
1 Pfund 10. M. (8066)
zu haben bei
Peters, Walmstr. 29
Elderster Gemeinnützige
Mitarbeitervereine u. B. M. B. G.
Freier
Wassersport-
Verein
Lübeck.

Sonntag, den 19. Juni
morgens von 9—12 Uhr
Abstimmung über den
Anschluß an den Arbeiter-
Turn- und Sportklub
im Vereinslokal, Glandorpstr. 41
Wer nicht erscheint zur
Stimmabgabe, ist für den
Anschluß.
8041 Der Vorstand.

Verband der Maler.
Lübeck.
Einladung zum
36. Stiftungs-Fest
bestehend in
Ball, Preisschießen,
Damen- und Kinder-
Vergnügen
am Sonntag, dem 19. Juni
im Konzerthaus Lübeck.
Herren 4 M., Damen 3 M.
8042) Der Vorstand.

**Friedrich-
Franz-
Halle.**
Sonnabend, den 18. Juni:
Großer
Sommernachtsball
vom (8059)
Sportklub „Holl di ran“.
Anfang 7 Uhr. Ende ?
Bei eintretender Dunkelheit
Laternenpolonäse.

Kodermann (8059)
Morgen Sonnabend:
Großes
Extra-Konzert
Kapellmeister Loretto.

Arbeiter-
Turn- und
Sportverein
Lübeck.
Abmarsch zum
Arbeiter-Sportfest
am 19. 6. nach Stöckels-
dorf mittags 12 1/2 Uhr
Lindenplatz. (8063)
Abmarsch der 3 Kampf-
Teilnehmer morgens 7 Uhr
Lindenplatz.
Der Vorstand.

Hansa-Theater
Heute Freitag
8 Uhr. 8 Uhr.
Zum letzten Male
**Der verjüngte
Adolar.** (8060)
Morgen Sonnabend
zum ersten Male:
Die
Scheidungsreise.
Stadttheater Lübeck.
Abonnement 1921/22.
Neuanmeldungen vom 12.
bis 25. Juni im Stadt-
theater, Eingang Fischer-
grube vom 9—12 1/2 und
3—8 Uhr. (8044)

**Zum
Geburtsstag**
zur Verlobung und bei ähnlichen Anlässen
eignen sich hervorragend als Festgeschenke:
**Briefkassetten, Briefmappen,
Dauenschreibmappen,
Blumenbriefkarten
mit Umschlägen,
Notizbüchlein,
Visitenkarten**
oder ein gutes Buch
aus unserer reichen Unterhaltungsliteratur.
**Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co**
Lübecker Volksbote
Beachten Sie unsere Schaufenster!

Freistaat Lübeck.

Freitag, 17. Juni.

Stimmungsbild.

Der Rauch des Abends wölkt über den Häften. Eine Lammwollkrone zuckt schwarz in den Glanz. Dunkelnd kommt langsam die Nacht geschritten, Windend der Schattens bläulichen Kranz.

Und ein Geflüster steigt in der Runde, Fern ragen Schöte, rauchfahnenfrei. Eine verträumte Feterlunde Schleicht des Werktags grau Einerlei.

Al das Glänzen, Reifen und Blähen Sinkt der Nacht in den weichen Arm. Ruhe... für Stunden schlummern die Mähen... Ruhe... für Stunden schläft Not und Harm...
v. Ludwig.

Krankenkassenwahl.

An die Betriebsräte, Betriebsobleute, Vandalenleiter und Vertrauensmänner der Gewerkschaften Lübecks! In der Zeit vom 18. bis 30. Juni ds. Js. von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags werden in dem Rassenlokal der Allgemeinen Ortskrankenkasse für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck, Fleischhauerstraße 55/57 die Wahlberechtigten zur Ausschusswahl in die Wählerlisten aufgenommen. Wahlberechtigt sind alle volljährigen Mitglieder der Kasse und deren Arbeitgeber.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuss Lübeck, ersucht hiermit alle B. K., B. O. und Vandalenleiter, sich unverzüglich mit ihren Arbeitgebern in Verbindung zu setzen und dieselben zu ersuchen, die Meldung zwecks Aufnahme in die Wählerliste an der Hand der in jedem Betriebe vorhandenen Listen bei der Ortskrankenkasse vorzunehmen. Wo der Wunsch der Arbeitnehmer bei den Arbeitgebern auf Widerstand stößt, bitten wir alle Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dann unter allen Umständen die Meldung bei der Kasse selbst vorzunehmen.

Jeder sich anmeldende Wähler hat sich über seine Wahlberechtigung auszuweisen. Als Ausweis genügt eine Arbeitsbescheinigung des Arbeitgebers. Jeder der sich Meldenden erhält nach Anerkennung seiner Wahlberechtigung einen Ausweis.

Wir bitten nochmals unermüßlich diese Arbeiten vorzunehmen.

Der Vorstand

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,
Ortsausschuss Lübeck.

Zur Anschlussfrage der Provinz Lübeck.

Am Donnerstag nachmittag fand in Schwartau im Hotel Germania eine Versammlung statt, in der der obdänische Ministerpräsident Tankeu über die Angelegenheit bezüglich der Provinz Lübeck sprach. Die Versammlung war von rund 200 Personen besucht. Herr Regierungspräsident Wilms, der die Versammlung leitete, betonte, daß keine Gründe vorhanden seien, die Provinz vom Mutterlande zu trennen. Lübeck habe aber die Propaganda für den Anschluß an den Freistaat Lübeck fortgesetzt. Diesen Bestrebungen entgegenzutreten habe zur Abhaltung dieser Versammlung geführt. Dann sprach Ministerpräsident Tankeu das Wort. Er verwies zunächst darauf, daß die Zukunft des Landes eine sehr wichtige Angelegenheit sei. In der Anschlussfrage dürfe die 100jährige Zugehörigkeit der Provinz zu Oldenburg nicht unberücksichtigt bleiben. Das Wohl des Landes würde verfehlt, wenn Gründe für die Neugliederung ins Feld geführt würden, die einer sachlichen Kritik nicht standhalten könnten. Der Redner beschäftigte sich dann mit den Gesetzesbestimmungen, die für die Neugestaltung der Gliedstaaten in Betracht kommen. In der Hauptsache würde die Veränderung der Länder von dem Willen der Bevölkerung, der in der Abstimmung befunden wird, abhängen. Die Neugliederung sei auch durch ein Reichsgesetz möglich, würde aber gegen den Willen der Bevölkerung höchstens dann durchgeführt werden, wenn starke Reichsinteressen es erforderten. Solche Reichsinteressen kämen

bei der Provinz Lübeck und auch beim Freistaat Lübeck nicht in Frage. Letzterer handle nur aus Selbsterhaltungstrieb. Falls sei es, heute schon für alle Zukunft sich einem andern Staat zu übergeben. Der Ministerpräsident sprach dann eingehend über die Zentralstelle der Neubildung der Gliedstaaten in Berlin, der er nur wenig Bedeutung beilegte. Ihre Hauptaufgabe bestünde in der Sammlung von Material und in der Abgabe von Gutachten. Die Zentrale habe auch, um sich zu orientieren, eine Befragung im Lande vorgenommen. Verhandlungen hätte die obdänische Regierung mit ihr aber nicht gepflogen. Die Behauptungen, die Regierung wolle die Provinz als Austauschobjekt verschachern, seien aus der Luft gegriffen. Am 29. und 30. Juni würde eine Unterkommission wiederum eine Befragung vornehmen, an der auch die obdänische Regierung teilnehmen werde; aber nicht, um zu verhandeln, sondern um Protest gegen eine Abtrennung einzulegen. Dann kam der Redner auf die Denkschrift zu sprechen, die Lübeck zur Angliederung der Provinz kürzlich herausgegeben hat. Sie enthalte nach seiner Ansicht nur wenig Geist. Die Beschlüsse weiße neben Unterstellungen Unrichtigkeiten und Unwahrheiten auf. (Rufe: Oh!) Wer mit solch demagogischen Mitteln arbeiten wolle, könne viel mehr Gründe gegen den Anschluß an Lübeck vorbringen, als für den Anschluß ins Feld geführt worden seien. Die Stadt Lübeck als freier mußte ihre Verhältnisse viel klarer darlegen. Vom Etat sei in der Broschüre nichts zu finden. (Ein Zeichen, daß der Ministerpräsident sie nur sehr oberflächlich gelesen hat. Red.) Die Provinz wolle, was sie habe, sie dürfe sich nicht Lübeck oder Schleswig-Holstein an den Hals werfen. Vor allen Dingen aber dürften staatliche Veränderungen nicht vom politischen Standpunkte aus entschieden werden. Lediglich die wirtschaftlichen und sozialen Interessen müßten dafür maßgebend sein. Der Landesrat habe wertvollen Grundbesitz und im Gegensatz zu vielen anderen Staaten nur wenig, rund 25 Millionen Mark, Schulden, die größtenteils durch die Erwerbslosenfürsorge entstanden seien. Als der Redner dann die Arbeitslosenfrage, die produktive und unproduktive Erwerbslosenfürsorge erörterte, wurden häufig Zwischenrufe laut. Diese Zwischenrufe versuchte Tankeu dadurch zu erledigen, daß er sie auf politische Ursachen zurückführte. Die Provinz, so betonte der Referent weiter, stehe sich finanziell gut und habe noch erhebliche Steuerquellen, die leicht ausgeschöpft werden könnten. Die Lübecker Beamten wären zwar in einer höheren Gehaltsklasse als die der Provinz, die Gehaltsfrage sei aber nicht endgültig geregelt. Man strebe dahin, die Beamten der Provinz ebenfalls in Klasse B einzureihen. Die Hauptsache sei es, gesunde Verhältnisse zu schaffen und zu erhalten. Die wirtschaftlichen Verbindungen mit Lübeck bedingten nicht die staatliche Zugehörigkeit zu dieser Stadt. Kein Land besitze solche Macht, keine Geschichte sei es zu gestalten, wie der Landesrat Lübeck. Die wichtigsten Leute gehörten in den Landtag und in die sonstigen Körperschaften. Alle Postulatsbestrebungen seien zu verwerfen. Das Ministerium habe die Pflicht, für das Verbleiben der Provinz bei Oldenburg zu wirken. (Beifall.)

Die Aussprache eröffnete Herr Dr. Kleininger, der zunächst betonte, daß politische Motive in der Anschlussfrage nicht ausschlaggebend sein dürften. Dagegen müßte die neuere politische und wirtschaftliche Entwicklung im Reich Berücksichtigung finden. Ein Aufstieg sei nur durch volle Ausnutzung und zweckentsprechende Organisation aller Kräfte möglich. Es sei daher von großer Wichtigkeit, die beste Staatsform zu finden. Die Anschlussfrage sei mithin von hoher Bedeutung. Alles, was der Referent über die Lübecker Denkschrift gesagt habe, treffe nicht zu. Unschärflichkeiten enthalte sie nicht, auch solle sie keineswegs erschöpfend sein. Wohl aber wären entgegen der Behauptung des Vorredners, die Schulden Lübecks darin aufgeführt. Den Vorwurf der Unschärflichkeit treffe nicht auf die Denkschrift, sondern weit eher auf den Referenten zu. Lübeck sei mit der Provinz nicht mit einer 100jährigen Geschichte, wie von Oldenburg gesagt sei, sondern mit einer 700jährigen Geschichte verbunden. Die Provinz verbinde sehr enge historische Beziehungen zu Lübeck, während dagegen die Beziehungen zu Oldenburg nur geringe waren und auch noch heute sind. Die einzige Verbindung zwischen Oldenburg und der Provinz ist der Landtag. Dieses Parlament weiß aber nur wenig Abgeordnete der Provinz auf. Ihr Einfluß und ihre Macht ist also beschränkt. Da der Provinz in der Entwicklung enge Grenzen gezogen sind, muß sie sich Lübeck anschließen. Ihre bisherige Entwicklung verlaufe sich größtenteils der Stadt Lübeck. Die Schwäche des Landes zeige sich auf vielen Gebieten, besonders aber in der Schulfrage. Es sei ein sonderbares Gefühl, Königreich eines anderen Staates zu sein. Heute habe Tankeu nicht mehr wie vor 14 Jahren von einem reichen Land gesprochen, sondern 25 Millionen Schulden angegeben, die übrigens 40 Millionen Mark betragen sollen. Die Steuern in der Provinz waren bisher immer noch höher als in Lübeck. Politische Bestrebungen leiten uns nicht in der Anschlussfrage, sondern wirtschaftliche. Die Zentralstelle hat eine große Bedeutung, da sie aus einflussreichen Personen zusammengesetzt ist. Der Red-

ner schloßerte dann das große Entgegenkommen Lübecks gegenüber der Provinz in der Arbeitslosenfrage und in der Frage der Beschäftigung auswärtiger Arbeiter. Hätte Lübeck sich in dieser Frage nicht so nobel benommen, dann wäre die Arbeitslosigkeit in der Provinz noch viel größer gewesen, weit höhere Summen hätte die Arbeitslosenunterstützung verschlungen. Das sei Lübeck hoch anzurechnen. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Die Lübecker Schulen, Krankenhäuser usw. würden von den Bewohnern der Provinz stark in Anspruch genommen. Tausend Hände verknüpften beide Länder mit einander. Die Frage, ob die Lübecker Entlasten sich nicht Oldenburg anschließen wollten, könne ruhig gestellt werden. Die Bewohner dürften garricht daran, sich von Lübeck zu trennen. Der Redner trat zum Schluß warm für den Anschluß an Lübeck ein und erntete lebhaften Beifall.

Beifall für den Anschluß an Lübeck traten noch die Genossen Kettelohn, Barowsky, Künkel, Scharkowsky und Fid-Stadeldorf ein. Dagegen brachen die bekannte Frau Volk-Zieh und der deutschnationale Blak eine Lanze für das Verbleiben bei Oldenburg. Unsere Genossen zeigten auch, daß besonders in Arbeiterfragen in der Provinz vieles im argen liegt und brachten mancherlei Wünsche und Anregungen auf Verbesserung vor. Regierungspräsident Wilms und Ministerpräsident Tankeu bemühten sich, diese Kritik abzumildern und zu widerlegen.

Nach einem Schlußwort des Referenten fand die Versammlung ihr Ende. Den Anschlußbestrebungen an Lübeck dürfte sie keinen Abbruch getan haben. Die wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die, wie Tankeu mit Recht betonte, in der Sache von ausschlaggebender Bedeutung sind, wurden in dem Referat kaum erwähnt. Das hat seine guten Gründe, da die objektive Behandlung dieser Fragen nicht gegen, sondern für den Anschluß an Lübeck spricht.

Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit von Senat und Behörden.

Nach Artikel 44 der Lübeckischen Landesverfassung vom 23. Mai 1920 ist die zivilrechtliche Verantwortlichkeit der Mitglieder des Senates und der Behörden durch ein besonderes Gesetz zu regeln, und in der Uebergangbestimmung zu Artikel 44 ist vorgesehene, daß dieses besondere Gesetz binnen Jahresfrist nach dem Inkrafttreten der Verfassung der Bürgerschaft vorzulegen ist. Die Auffassung des Senates geht dahin, daß die gesetzliche Regelung sich auf die Festlegung der allgemeinen Grundzüge zu beschränken haben wird, daß aber die Geltendmachung der Verantwortlichkeit im einzelnen Falle zweckmäßig der Beschlußfassung eines gemeinsamen Ausschusses von Senat und Bürgerschaft, der alsdann die besonderen Umstände des Falles zu prüfen haben wird, vorbehalten bleibt. Der Senat schlägt vor, daß diesem gemeinsamen Ausschusse zwei Mitglieder des Senates und vier Mitglieder der Bürgerschaft angehören, die für den einzelnen Fall besonders bestimmt werden. Der Senat stellt folgenden Gesetzentwurf zur Mitabstimmung der Bürgerschaft:

§ 1. Die Mitglieder des Senates und der Behörden sind dem Staate dafür verantwortlich, daß durch ihre Amtsführung weder die Verfassung noch die in anerkannter Gültigkeit bestehenden Gesetze verletzt werden. Die Verantwortlichkeit richtet sich nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts. § 2. Ueber den Umfang und die Geltendmachung der Verantwortlichkeit entscheidet im einzelnen Falle ein gemeinsamer Ausschuss des Senates und der Bürgerschaft, dem zwei Mitglieder des Senates, von denen ein den Vorsitz führt, und vier Mitglieder der Bürgerschaft angehören. Die Mitglieder werden für den einzelnen Fall besonders bestimmt. Der Senat beruft den Ausschuss. Einem Verlangen der Bürgerschaft nach Berufung des Ausschusses ist Folge zu geben. § 3. In Rechtsstreitigkeiten, in denen durch die Klage ein Anspruch aus diesem Gesetze geltend gemacht wird, ist die Finanzbehörde oder, wenn ein Mitglied der Finanzbehörde beteiligt ist, die Rechnungsbehörde zur Vertretung des Staates berufen. Für Ansprüche aus diesem Gesetze ist das Landgericht ausschließlich zuständig.

Weitere Erhebung einer Kirchensteuer. Nach § 6 des Gesetzes vom 16. Januar 1895, betreffend die Allgemeine Kirchensteuer für die evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden der Stadt Lübeck und deren Vorstädte, werden von allen Mitgliedern, welche nach Maßgabe der Veranlagung zur Staatseinkommensteuer ein Einkommen von über 1500 M. versteuern oder bei Hinzurechnung ihres steuerfreien Einkommens zu versteuern haben würden, nach ihrem Gesamteinkommen jährliche Kirchensteuern als Zuschlag zur Einkommensteuer erhoben. Dieser Zuschlag müßte für das Rechnungsjahr 1920 zum erstenmal zu der Reichseinkommensteuer erhoben werden. Die Berechnung des Prozentsatzes nach der Reichseinkommensteuer ist vorläufig noch nicht möglich. Der Senat hatte sich damit einverstanden erklärt, daß im vorliegenden Rechnungsjahr die Kirchensteuer vorläufig mit einem Zuschlage von sieben

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

47. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Ist es denn schwere Arbeit?“
„Die Agenten sagen natürlich, die Arbeit ist leicht. Aber in Wirklichkeit fällt sie manchmal sehr schwer. Es soll auch auf den einzelnen Booten sehr verschieden sein. Aber ich denke, was Wunder von armenigen russischen Juden aushalten, das hatten wir auch aus. Das Essen ist auf den meisten englischen Schiffen gut, wenigstens viel besser als im deutschen Zwischendeck.“

„Du denkst also, ich reise bestimmt mit? Und du selbst willst wohl in diesen zehn Tagen, die dir noch bleiben, dich nur ein einziges Mal betrinken?“

„Du meinst, ich will immer trinken. — Nein, wenn du mitgehst, dann verspreche ich dir dafür, daß ich inzwischen überhaupt nichts mehr trinke, außer in deiner Gegenwart und mit deiner Zustimmung.“

„Ach, das hältst du doch nicht aus!“
„Ich kann das sogar gut, wenigstens für so kurze Zeit. Ich war in Oesterreich mal im Blauen Kreuz und habe drei Monate nichts getrunken, bis ich es eines Tages nicht mehr aushalten konnte. Das heißt, wenn man mich nicht verführt hätte.“

Wittkamp lachte.
„Ich kann mir das denken, daß ein Mensch wie du eines Tages zur Heilsarmee geht. Mit Bernunftgründen kommt man ja über solche Leidenschaften nicht weg. Ich würde es auch mit derartigem Klimbin versuchen, wenn es anders nicht ginge.“

„Vielleicht ist das gar kein Klimbin!“ sagte der Doktor. „Es ist sehr die Frage, ob die Gesunden oder die Kranken richtiger sehen.“

„Doktor, wir kommen ganz von dem ab, worüber wir eigentlich sprechen wollten. Ich bin durchaus nicht so unentschlossen, aber es erscheint mir doch unfinnig, daß ich jetzt schon, da ich erst wenige Monate hier bin, die Klinte ins Koten werfen soll. Was habe ich bisher von Amerika kennen gelernt?“

„Gar nichts natürlich, oder wenigstens nicht viel. Aber es gibt viele, die hier alt werden und auch nicht mehr lernen können.“

Arbeiten müssen wir überall, nur hier ruiniert man sich Körper und Nerven. Wer hier was lernt, der verliert auch etwas. Am besten wissen das die, die auf der Straße liegen, die nachts im Freien schlafen — die Tramps und Desperados. Du hast bis jetzt keine Erfahrungen nur mit Geld bezahlt und mit einem kleinen Krax wegen deiner Frau. Aber jetzt kannst du dein Geld mehr einsetzen, jetzt kommst du selber dran. Und das merk dir nur, sie werden dich schon gehörig schleifen, diese klugen Yankee, die selbst nicht arbeiten, weil sie dafür genug Dumme haben.“

„Na schön!“ sagte Wittkamp. „Die Anfänger müssen dran glauben. Dann werde ich es also ein paar Monate schlimm haben und die Fänge zusammenbekommen müssen, aber das ist für mich einmal gut. In einem Jahre bin so weit, daß ich keine Lust mehr habe, nach Europa zurückzufahren.“

„Wenn du ein Jahr länger hier bist, dann wirst du freilich auch hier bleiben. Aber nicht, weil du klug geworden oder dazugewonnen — du magst dir das ja damit vorreden — sondern weil es mit deiner Spannkraft zu Ende ist. Nach einem Jahre kämpfst du nur noch um das Essen und Trinken des Tages. Wenn du sehr zäh bist und dich zu dicken weisst, kann es dann sogar noch sehr lange dauern, bis man dich definitiv zum alten Essen und auf die Straße schmeißt. Wahrscheinlich aber kommt es so, daß du schon in der nächsten stillen Zeit zur Arme der Arbeitslosen übertrittst. Und wenn du erst dazu gehörst, dann bleibst du auch dabei.“

„Du kannst probierlich reden, Doktor.“ sagte Wittkamp mit gewogenem Spott. „Wo hast du nur bloß deine Weisheit her?“

„Das sind gar nicht meine Gedanken. Das ist das, was du jeden Tag in Barney's Saloon von den Kunden hören kannst, die dort ihren Entgeltungswahst trinken. Das sind natürlich alles Leute, in denen du nur Scheinale siehst, aber sie haben doch alle einmal eine Seele gehabt mit genau so viel Anständigkeit, Zartgefühl und Hoffnungsbesetzung wie du.“

„Warum hast du dich von ihnen verspottet lassen? Warum hast du diese dumme Rolle gespielt? Du müßtest viel zu stolz sein.“

Wittkamp hatte diese Worte gar nicht so böse gemeint, er war nur etwas geärrert. Aber der Doktor bekam einen hochroten Kopf und sah seinen Freund böse an.

„Was weißt du von mir? Was geht das dich an, was ich tue? Kannst du vielleicht nachfühlen, was ich schon durchgemacht

habe, du mit deiner Selbstgerechtigkeit, mit deiner hausbackenen Vernünftigkeit. Ich weiß, wenn ich trinke, dann werde ich wie ein Tier, dann kann man mir alles bieten, wenn ich nur weiter trinken darf. Aber das will ich dir sagen, in all meiner Selbsterniedrigung da lag noch Stolz, das glaube nur ja. Der Fremde hätte vielleicht wunders gedacht, wie sehr mich diese Stammgäste verhöhnten. Aber in Wirklichkeit dachten sie genau so wie ich, sie verstanden und bemitleideten mich. Und ihr Spott war zum größten Teil Selbstverpottung. In dieser Tiefe, ganz auf dem Boden gibt es keine Unterschiede mehr. Aber wenn ein anderer gekommen wäre, soch ein Reimackliger, ich wäre ihm an die Gurgel gefahren, wenn er sich auch nur einen geringfügigen Blick erlaubte hätte.“

Wittkamp wich ganz erschrocken vor seinem Freunde zurück. So hatte er den Doktor noch nicht gesehen. Alles an ihm war Zorn und Feuer.

„Ich habe dich doch nicht beleidigt?“ fragte Wittkamp.

Der Doktor ließ noch ein paar mal erregt im Zimmer auf und ab. Dann wischte er sich den Schweiß vor der Stirne und lächelte.

„Ach was — es ist natürlich alles Unsinn. Wozu regen wir uns auf?“

Er ließ sich erschöpft auf einen Stuhl niederfallen und sah Wittkamp traurig an.

„Weißt du, ich habe auch einmal Pläne gehabt und große Hoffnungen. Alles ist zergangen in Trinken und Reden. Bis die andern über meine Dummdheiten lachten, und ich erst recht trant.“

Der Doktor schüttelte sich ein paar mal. Dann stellte er sich vor Wittkamp hin und reichte ihm seine rechte Hand. „Herrgott, also willst du mit?“

„Ja“, sagte Wittkamp und wunderte sich selbst über seine schnelle Entschcheidung.

„Na also, und da mußten wir erst so lange Theater spielen.“

„Und mit dem Trinken oder vielmehr Nichttrinken, das hast du mir versprochen!“ sagte Wittkamp.

„Ja, und darauf wollen wir gleich einen Whisky nehmen!“ entgegnete der Doktor lächelnd.

(Fortsetzung folgt.)

die jugendliche Spannkraft, sich umzustellen. Der Volkstaat muß sie verbrauchen wie sie sind und nur verlangen, daß sie nicht hindernd im Wege stehen. Das muß bei einigem guten Willen möglich sein. Die Eltern aber, die glauben, daß es in der Schule nun sogleich ganz anders werden muß, vergessen, daß Schulreformen nicht blühschnell durchzuführen sind, sondern sich langsam entwickeln. Das heißt aber nicht, daß man mit dem Anfang noch länger warten muß. Die Erziehungsgemeinschaft von Eltern und Lehrern muß sobald wie möglich kommen. Da die Lehrer nur einen Teil der Erziehungsarbeit leisten, die Eltern die andere, oft größere Hälfte, die Erziehung in Schule und Haus vielfach ineinander übergreift, so hätte diese Verbindung schon lange geschaffen werden müssen. Aber da erhebt sich der Einwurf: Erziehung ist eine Kunst, Erziehungslehre eine Wissenschaft, und da sollen die Eltern mitraten, die so oft zeigen, daß sie von den einfachsten Grundbegriffen der Erziehung nichts wissen. Der letzte Einwurf ist nicht ganz unberechtigt.

Der englische Philosoph Herbert Spencer hat das in folgender Weise begründet: „Ist die Tatsache nicht erstaunlich, daß kein Wort der Aufklärung über die Behandlung der Nachkommen denen gegeben wird, die nach und nach Eltern sein werden, obgleich von der Behandlung ihrer Nachkommen Leben und Tod und sittliche Höhe oder Verkommenheit abhängt? Ist es nicht ungeheuerlich, daß das Schicksal einer ganzen Generation den Zufällen der gedankenlosen Gewohnheit, den Trieben und Launen im Verein mit den Ratsschlüssen unwissender Ammen und vorurteilsbefangener Großmütter überlassen wird? Wenn ein Kaufmann ein Geschäft ohne irgendwelche Kenntnis im Rechnen und in der Buchführung unternähme, würde man seine Dummheit in alle Welt schreien und unheilvolle Folgen vorherzagen. Ober wenn ein Mann, ohne Anatomie studiert zu haben, sich als Chirurg niederlassen würde, so würde man sich über seine Kühnheit wundern und seine Patienten bedauern. Aber daß Eltern die schwierige Aufgabe zu unternehmen beginnen, Kinder aufzuziehen, ohne den physischen, moralischen und intellektuellen Grundbegriffen, die sie dabei leiten sollten, jemals einen Gedanken gewidmet zu haben, erregt weder Erstaunen über die Täter noch Mitleid für ihre Opfer.“

Und diese Eltern sollen an allen Schulen Elternbeiräte bilden und in Erziehungsfragen mitraten? Darf man die Forderung noch aufrechterhalten? — Trotz alledem, denn die Eltern sind nun einmal von der Natur zum Erzieher bestellt. Das Menschengeschlecht hat sich auch ohne besonderen Erzieherstand zu bemerkenswerter Höhe entwickelt. Die eigentliche Erziehungslehre ist doch verhältnismäßig jung. Die Lehrerschaft aber sollte es als ihre Ehre betrachten, gerade auch den Eltern von ihrem Wissen mitzutellen. Und werden sie dann nur die Gebenden sein? — Ganz gewiß nicht. Erst die Eltern, sofern sie nur Anteil an der Entwicklung ihrer Kinder nehmen, werfen Blide in die Kinderseele, die manchem Lehrer und mancher Lehrerin ewig verschlossen bleiben, haben wir doch viele unverheiratete Lehrkräfte. Hinzu kommt, daß manche Lehrer, wenn sie erst ein gewisses Alter überschritten hat, für die Erziehung nicht gerade geeignet ist. Von dieser Seite aus ist die Frage der verheirateten Lehrerin, die Mutter ist, zweifellos zu bejahen. Sie besitzt Werte und Kenntnisse, die nur im Leben, niemals in der Schule zu gewinnen sind. Eine frühere Lehrerin sagte mir einmal: „nun, wo ich eigene Kinder erziehe, sehe ich ein, wie oft ich früher Kinder ungerecht beurteilt und behandelt habe, weil ich so manches, was die Kinder taten, damals nicht verstehen konnte. Heute würde ich sie ganz anders erziehen.“ — Jeder verheiratete Lehrer wird dieses Urteil wohl unterschreiben. Wahrlich, Eltern und Lehrer haben sich manches zu sagen.

Aber da kommen die Forderungen, wie sie kürzlich in trassierter Form von kommunistischer Seite aufgestellt worden sind. Deren Erfüllung nichts anderes bedeuten würde als Einrichtung einer Schulinspektion von Nichtwissern. Wenn erst derartige Elternbeiräte die Schulleiter wählen, die Schulbücher einführen — vielleicht auch schreiben —, haben wir keinen Volkstaat mehr, sondern ein diktatorisches Staatsgebilde, gegen das eine absolute Monarchie ein Kinderpiel wäre. Wenn wir erst soweit sind, mag der Teufel Schulmeister spielen! Hier kann man mit Recht sagen: Schuster, bleib bei deinem Leisten. Was würden wohl Vertreter anderer Berufe sagen, wenn ihnen Angehörige anderer Gewerbe als Aufsicht oder Vorgesetzte gestellt würden. Und der Lehrerstand sollte das ruhig hinnehmen? Er sollte vielleicht auch zusehen, wenn Parteipolitik in die Schule selbst eindringt? — Die Lehrerschaft wird sich mit Hand und Fuß dagegen wehren, daß in der Schule Politik getrieben würde. Zur Volksgemeinschaft kommen wir nur, wenn wir Achtung vor der Überzeugung anderer haben, aber durch gegenseitige Duldung. „Die Schule ist nicht Werkzeug kirchlicher oder politischer Parteien, sondern Subjekt eigener Lebensäußerungen.“ (Wilhelm Paulsen.) Die Eltern waren mit Recht mißtrauisch gegen das alte System, das keine Duldung kannte. Man denke nur an Mahregelungen, von Lehrern und Geistlichen. Mit Recht verurteilen wir die gewissenlos gegen den Volkstaat arbeitenden Lehrer, wenn sie die Schule dazu benutzen, um ihre monarchistischen Ideen an die Kinder zu bringen. Ein ehrlicher Lehrer wird es nicht fertig bringen, in der Schule gegen das Elternhaus zu arbeiten, er weiß, daß die Eltern seiner Kinder den verschiedensten Bekanntschaften, Richtungen und Parteien angehören. Seine Aufgabe ist es wahrlich nicht, die Schüler gegen einander zu hegen, sondern sie zu gegenseitiger Duldung und Achtung zu erziehen. Will er das nicht, hat er m. E. seinen Beruf verfehlt. Das Kind darf nicht in den Strudel kirchlicher oder politischer Kämpfe hineingerissen werden. Deshalb fordern wir die neutrale, die weltliche Schule. Anderes Streben heißt die Einheitschule zum Kampfsplatz machen, künstliche Gegensätze schaffen und die Klaffengegensätze verschärfen, statt sie zu überbrücken. In der Schule soll Demokratie herrschen, daher müssen alle Kreise im Elternbeirat vertreten sein. Es wäre zu wünschen, daß die Listen nicht von Parteien ausgehen, um die Frage der Politik von vornherein auszuhalten. Aber ob das zurzeit praktisch möglich sein wird, bezweifle ich stark, denn in welcher Weise wäre die Wahl wohl sonst zu lösen? — Geht es aber nicht ohne politische Parteien ab, dann muß der oberste Grundplatz bei der Aufstellung zur Wahl sein: Es sollen nur Männer und Frauen in die Schule eintreten, die ein Herz für unsere Jugend haben und gewillt sind, fruchtbare Arbeit zu leisten.

Die Elternbeiräte haben in einem Schulbetrieb nichts zu tun, denn es fehlen ihnen die Fachkenntnisse. Trotzdem dürfte es an Arbeit für sie nicht fehlen, denn mit der Übernahme der Elternbeiräte geht es der Elternschaft ähnlich so wie der Lehrerschaft mit der Übernahme der Selbstverwal-

lung. In beiden Fällen handelt es sich in der Hauptsache nicht um die Erziehung neuer Rechte, sondern um die Übernahme neuer Pflichten. Die Elternbeiräte können eine segensreiche Helfertätigkeit ausüben. In unserer Zeit gehören zu den brennendsten Fragen die Bekleidung der Kinder, Schulpeinigung, Ferienfürsorge und Berufsberatung. Wie wichtig ist ferner die Kontrolle der Schulbesuchs, Überwachung der Kinderarbeit, des Lesestoffes. Von großer Bedeutung ist die Behandlung der Kinder im Elternhaus, die Reinlichkeits- und Gesundheitspflege. Und endlich, von welchem Werte wäre die Mitarbeit weitester Elternkreise bei der Beaufsichtigung der Kinder außerhalb der Schule, auf der Straße, in den Anlagen. Alle diese Punkte sind für die Erziehung ungeheuer wichtig. Sie können aber nur gelöst werden, wenn die Elternschaft mithilft. Und wenn die Elternbeiräte schließlich in der Schule wieder regen Anteil an festlichen Veranstaltungen nehmen, wenn sie als Mittelpersonen immer wieder die Gleichgültigen in der Elternschaft aufzurufen, sie mit heranziehen, können sie viel dazu beitragen, daß die Arbeit des Volksschullehrers auswächst zum wahren Volksschullehrer. Dann erst wird die deutsche Schule ihre Aufgabe, dem ganzen Volke zu dienen, wirklich erfüllen!

Gewerkschaftsbewegung.

Statistik der russischen Gewerkschaften. Anlässlich des Moskauer russischen Gewerkschaftskongresses bringt die Sowjetpresse eine Reihe von statistischen Angaben über die russischen Gewerkschaften. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder in der föderativen Sowjetrepublik beträgt demnach gegenwärtig 8 800 000. Diese hohe Ziffer ist dadurch zu erklären, daß zu den russischen Gewerkschaften nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten und Fachleute der betreffenden Branchen gehören, daß ferner die zahlreichen Angestellten der Sowjets der Konsumgenossenschaften usw. sich bei einer Gewerkschaft einschreiben lassen und endlich, um der damit verbundenen Vorteile willen, die gleichen Personen verschiedenen Gewerkschaften angehören und daher mehrfach gezählt werden. Von den einzelnen Gewerkschaften wird die Metallarbeiter für die Metallindustrie auf 585 000, die Nahrungsmittelindustrie auf 228 000, die Textilindustrie auf 800 000, die häuslichen Betrieben auf 170 000, die Zuckerindustrie auf 107 000, die Tabakindustrie auf 42 000 angegeben. Die Mitgliederzahl der übrigen Gewerkschaften wird jetzt nicht erwähnt. Ende 1920 betrug sie der Moskauer Bräwda (Nr. 260 und 288) zufolge 800 000 für das Transportwesen, 820 000 für die Kohlenindustrie und den Bergbau, 108 000 für das Post- und Telegraphenwesen, 126 000 für die chemische Industrie, 45 000 für die Leder- und 85 000 für die Konfektionsindustrie, 936 000 für das Sowjetverwaltungswesen, 585 000 für das Sanitätswesen, 288 000 für das Bildungswesen, 125 000 für die Kunstankalten. — In einem Bericht an den Kongress über den Stand des Kampfes gegen den Analphabetismus wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Analphabeten unter den Gewerkschaftsmitgliedern 60 Prozent, für das Nahrungsmittelwesen, 75 bis 80 Prozent für Landwirtschaft und Forstwesen, 70 bis 80 Prozent für die städtischen Betriebe, 60 Prozent für die Textilindustrie, 75 bis 80 Prozent für die Tabakindustrie und 2 bis 3 Prozent für das Sowjetverwaltungswesen betrage. Von den Eisenbahnern seien etwa 80 Prozent, von den Schiffsarbeitern 25 bis 27 Prozent, dagegen von den Metallarbeitern nur etwa 12 Prozent Analphabeten.

Unsere werthen Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gasskaffen, Kaffeehäusern, Garten- und Vergnügungsorten in Lübeck als auch in den umliegenden Ortshaffen ausdrücklich den

Lübecker Volksboten

zu verlangen. Die kommende Urlaubs- und Ferienzeit bietet Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des „Volksboten“ in allen Verkehrsstätten zu veranlassen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
Johannisstr. 46. Fernruf 926.

Aus der russischen Gewerkschaftsbewegung. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ wird ein Bericht aus Sowjetrußland an den Internationalen Metallarbeiterbund veröffentlicht, dem wir folgendes entnehmen: „Schon im Jahre 1917 wurden die Reihen des russischen Proletariats durch die fanatische Politik der bolschewistischen Partei gelichtet, die nicht Gerechtigkeit, sondern Anordnung predigte. Der Staatsstreich von 1917 brachte die Bolschewiken ans Ruder und von jener Zeit an nahm das schreckliche Verbrechen seinen Fortgang. Dieselben Männer, die sich gestern noch Arbeiterfreunde nannten, setzten nun durch Massenverhaftungen, Greuelthaten und Ermordungen, aufgestachelt durch Demagogie, Verleumdungen und Lügen, mit einer wütenden Verfolgung der Arbeiter ein. Unter der Larve des Kommunismus, der als Beauftragter im Namen der Arbeiterklasse handelte und die Sprache und den Schlächtruf des Sozialismus gebrauchte, begann die kommunistische Regierung ihr Zerstörungswerk. Um sich selber den Weg zu bahnen, erklärten die Kommunisten, daß die Redefreiheit, das Vereinsrecht, Streik und Versammlungen ein „bürgerlicher Aberglaube“ waren und verurteilten alle, die politische Rechte verlangten, als „Gegenrevolutionäre“. Viele Genossen kamen in den Gefängnissen um, wurden zur Zwangsarbeit verurteilt oder erschossen, um des „Verbrechens“ willen, die Freiheit verlangte zu haben! — Die russischen Arbeiter durchlebten eine beispiellose Tragödie. Sie sind zum Stillstehen verurteilt, da man ihnen doch nicht glaubt, wenn sie gegen diejenigen sprechen, ihre Stimme gegen diejenigen erheben, die träge und frech sich selber Volksvertreter nennen und die sich vor den Arbeitern so sehr fürchten, daß sie in Wahrheit das Stimmrecht und die Redefreiheit abgekauft haben. Erst legitime wurde die Moskauer Buchdrucker-Gewerkschaft aufgelöst, deren Mitglieder der britischen Arbeiterdelegation die volle Wahrheit über die Lebensbedingungen der Arbeiter in Sowjetrußland mitgeteilt hatten. Arbeiter, die zum Protest gegen die gegen ihre Gewerkschaften ergriffenen Maßnahmen streikten, wurden mit dem Tode bedroht. Die den Gewerkschaftsausgleich leitenden wurden verhaftet, viele an die Front herbeigeholt und andere kamen auf andere Art um. — Die gesamte Politik der kommunistischen Sowjetregierung gegen die russischen Arbeiterklassen und ihre Organisationen kann wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Die Freiheit der Gewerkschaften ist vernichtet. Die Gewerkschaften dürfen nicht arbeiten unter der Beaufsichtigung der Sowjetbehörden, nach deren Weisung sie zu handeln haben.
2. Die Versammlungsfreiheit ist unterdrückt. Ein Gesetz wurde veröffentlicht, laut welchem Versammlungen nur mit Erlaubnis der Sowjetbehörden veranstaltet werden dürfen.

3. Die Redefreiheit ist aufgehoben. Es wird als ein Verbrechen betrachtet, die Kommunisten zu kritisieren.
4. Streiks werden als gegenrevolutionäre Handlungen betrachtet. Streikende Arbeiter werden mit einer für die westlichen Länder unerhörten Härte behandelt. Streikende werden nicht nur ins Gefängnis geworfen, sondern man entzieht ihnen auch die Lebensmittel.
5. Fast alle Industriezweige stehen unter Kriegsgeßel. Die Arbeiter können nicht von einer Beschäftigung oder Arbeit zu einer anderen übergehen. Sie sind zwangsweise in sogenannte „Arbeiterarmeen“ eingereiht. Neberzeit ist obligatorisch.
6. Die Gewerkschaften bestehen nicht als unabhängige Körperschaften. Sie hängen von einer Zentralorganisation ab, wodurch sie zu einem Regierungsapparat umgestaltet worden sind. Diese Politik hat zum Ergebnis, daß die russischen Industriearbeiter in ihrer verzweifelten Lage und in der Unmöglichkeit, von ihren eigenen Organisationen Hilfe zu verlangen, die Städte verlassen und auf die Dörfer ziehen. — Das ist das Bild der Gewerkschaftsbewegung in dem russischen Paradies. Der Knute des Jaren ist die stärkere Knute des Bolschewismus gefolgt. Trotz aller Propaganda der Moskauer Propaganda wird es nicht gelingen in Deutschland dieses bolschewistische Joch aufzurichten.

Aus aller Welt.

Millionendiebstähle. Große Diebstähle sind auf dem Walzwerk in Weine aufgedeckt worden. Speditoren und Meister des Wertes sind daran beteiligt. Bis jetzt wurden sieben Personen verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Schaden beläuft sich auf etwa eine Million Mark.

Von einem Helfertag überführt? Das Dresdener Schmutzgericht verurteilte den Schuhmacher Heese aus Veernburg wegen Lotsschlags zu vier Jahren Zuchthaus. Heese hatte nach einem Streit seine Frau ermordet. Der Prozeß erregt deshalb Aufsehen, weil Heese, der anfangs seine Schuld bestritt, durch einen Helfertag des Lotsschlags beschuldigt worden war und später auch die Tat eingestanden hat.

Wegen Verrats von Fabrikgeheimnissen wurde der 14 (?) Jahre alte Maschinenführer Hauck-Halsch von Schöffengericht, Neustadt i. d. Pfalz zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, weil er im April 1920 einem Ausländer fünf Zeichnungen von Maschinen und geheimgehaltenen Verfahren aus der Farbenfabrikation für die Summe von 450 000 Mk. verkauft hatte.

Eine gefährliche Hochstaplerin wurde von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet, als sie von einer Betrugsfahrt nach Mailand zurückkehrte. Die Verhaftete, die sich für die Tochter eines Großindustriellen ausgab, fand vor einiger Zeit Anstich an Berliner militärische Ententevertreter. Sie ging stets sehr elegant gekleidet und trug kostbare Schmucksachen, die sie sich als „Tochter des Großindustriellen“ in den ersten Geschäften kaufte und mit Schecks bezahlte, die sich später als gefälscht erwiesen. Ein italienischer Stabsarzt, der von Berlin in die Heimat zurückkehrte, nahm die Betrügerin nach Mailand mit. Dort lernte sie einen Rechtsanwalt kennen, demgegenüber sie sich ebenfalls als Tochter eines Großindustriellen ausgab. So erzählte sie, daß sie mit 25 Millionen Mark an der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik und mit 25 Millionen Mark auch an einer großen Seidenweberei in Arcobello beteiligt sei. Ihr Barvermögen arbeite an der Börse. Leider mußte sie bekennen, daß sie darüber zurzeit nicht verfügen könne. Es sei, so sagte sie, infolge der Krisen augenblicklich beschlagnahmt. Weio machten gemeinsam auf Kosten des Rechtsanwalts große Reisen und kamen auch an den Rhein. Vom Rhein kam das Paar auch nach Berlin, wo die Betrügerin von einer früher betrogenen Person erkannt und verhaftet wurde.

Raubmord. In einem Hause der Borkstraße in Berlin wurde der Oberpostassistent a. D. Hugo Spletzköper in seinem Zimmer ermordet aufgefunden. Da alle Behälter und Schränke durchwühlt waren handelt es sich anscheinend um einen Raubmord. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

1 1/2 Millionen Mark Geldstrafe. Die Strafkammer in Nachen verurteilte den Kaufmann und Gutsbesitzer Meulenbergs aus Süftersee wegen verbotener Einfuhr von Spirit zu sechs Monaten Gefängnis und 1 1/2 Millionen Mark Geldstrafe.

Sport.

Marli I. A.B. 1b treffen sich Sonntag, den 19. d. Mts., nachmittags 2.30 auf Falkenwiese. A.B. in folgender Aufstellung: Tor: Pein; Verteidiger: Scherf, Kahl; Käufer: Wörnte, Heitmann, Kraich; Stürmer: Claagen, Sellin, Westphal, Nagorski, Mulack. Hamburg 98 II (Schüler) gegen A.B. II (Schüler) 10.00 Uhr St. Lorenz (Kasernenhof). Hamburg 98 I (Schüler, Meister von Hamburg). A.B. I (Schüler, Meister von Lübeck) 11.00 Uhr St. Lorenz (Kasernenhof).

Jeder Parteigenosse muß

zum bevorstehenden Monatswechsel noch fleißig agitieren, um alle diejenigen aus seinem Bekannten- und Kollegenkreise, welche noch bürgerliche Zeitungen lesen, für den „Lübecker Volksboten“ zu gewinnen. Alle Mitglieder der freien Gewerkschaften, ganz gleich ob Kopf- oder Handarbeiter, sollten sich von der kapitalistischen Presse lossagen und nur diejenigen Zeitungen lesen und unterstützen, die ihre Interessen vertreten. Der politische Tageskampf erfordert für jeden, an den Ereignissen regen Anteil nehmenden Menschen die Lektüre einer gut geleiteten und richtig informierenden Zeitung. Wer daher ein solches Blatt im Hause lesen will, muß

den „Lübecker Volksboten“ bestellen.

Es ist daher Pflicht eines jeden sozialistisch denkenden Arbeiters, Angestellten oder Beamten, unablässig neue Abonnenten für den Volksboten zu werben.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46, einzusenden.

Ich abonniere den Lübecker Volksboten mit den Beilagen „Für unsere Frauen“ und „Kinderland“ täglich frei ins Haus für M. 4.50, mit der illustrierten Kupferdruckbeilage „Siedlung und Kleingarten“ M. 5.— pro Monat.

Name _____
Wohnung _____
Beruf _____

Hotels, Restaur., Cafés, Vergnügungen etc.

Hallers Musikhaus, Inhaber: u. C. Capell, Markt 3, Rohmarkt 12.

Neue Volksbühne, 44 Biedergrube 44. Täglich Variete und Kabarett. Anfang 7 1/2 Uhr.

Restaurant „Holstenkrug“, Hugo Bonjen, Holstenstr. 37, Telephon 8184.

Restaur. zur Markthalle, Küche, Bier, Weine, Paul Richter, Mengstr. 6, Tel. 232

Café Bernhardt, Fackelburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Abstinenz-Café, Untertrave 100. Spez.: Tägl. frisch. Backw. u. fr. Dohnentaffee. D. Radlke.

Bodega-Weinstub. H. Giesenberg, Fieschstr. 14. Tel. 8986. Gute gepflegte Weine, Cidre und Küche.

Reihels Anilmbather Bierhaus, Inh.: O. Schneider, Fieschstr. 18, Tel. 497. Gutgepf. Bier, Weine u. Küche

Restaurant u. Café, Königl. 41, Kaiser, Garten u. Veranden, gute Küche. Piff. Urquell.

Fritz Derlien, Hüfstraße 107, Samen- und Futterhandlung.

Großbude, Chr. Schult, Tel. 3458, Königl. 93.

Hellers Restaurant, Gr. Burgstr. 57. Utbekannte Frühstückstube. Bürgerl. Mittagstisch von 12-2 Uhr, selbde Preise.

H. Schult, Bierhalle Biedergrube 17. Lebensmittel, Obst.

Fr. Klempan, Königl. 22. Obst. — Süßfrüchte.

E. Christofferfen, Holstenstraße 42. Schokoladen, Konfitüren, Kaffee, Tee, Konserven und Marmeladen.

Fischhandlung H. P. Unger, Holstenstraße 21. Fernsprecher 8603. Täglich Eingang von frischen Fischen.

Gustav Magaard, Johannisstr. 13. Beste Bezugsquelle für Kolonialwaren.

H. Büld, Kaffee-, Tee-, Kakaohandlung, jetzt Mengstr. 24. Fernspr. 148. Geschäftszeit 9-1 u. 3-5.

Kostoder Butterhandlung, Inh. Robert u. Dora Gündel. Biedergrube 9, Tel. 2064.

Karl Wunderlich, Fünfhaus 16. Obst, Gemüse, Süßfrüchte und Lebensmittel.

Ernst Boss, Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren, Rauch- u. Kantabale. Große Burgstraße 59. Geschäftsprinzip: Gute Ware, selbde Preise.

Walter Steinhagen, Delikat. u. Feinstwar.-Hdlg. Spez. Butter, Marg., Eier. Biedergrube 7.

F. Vorbed, Fleisch-Schokoladen-, Marzipan- und Zunderwaren-Fabrik. Tel. 448. Begr. 1873.

Fischhandlung, J. Bitt, Tel. 30. Fleischhauerstr. 15.

E. Roever, Kaffeeröst. Kolonialw. Königl. 75. Tel. 8915.

Schäfer, Schwartauer Allee 34. * Papierwaren, waren, Schulartikel * Bijouterien, Bilder * Konfitüren, Kates * Spezialität: Reichard-Schokolade * Heze.

A. Marek, Konditorei und Marzipanfabrik. Konfektion, Putz, Schuhe usw.

Paul Rosenfranz, vorm. Katharina Kufsch, Näh- u. Modewaren, Telephon 8327, Sandstr. 2-4. Stets letzte Neuheiten zu billigsten Preisen.

Johannes Holst, Markt 6. Herren-, Knaben-, Arbeiter-Garderoben und Schuhwaren, Mannschur- und Aussteuer-Artikel zu billigsten Tagespreisen.

Johanna Marks-Abrendt, Mühlenstraße 5. Fernsprecher 2680.

Damenhüte, größte Auswahl.

E. Graff, Holstenstraße 20. Spezialgeschäft für Herrenmoden, Wäsche, Hüte und Mützen. 5746

Gustav Nagewitz, Transport * Spezifion Lagerung * Möbeltransporte * Kontor und Lager: Schwartauer Allee 69 a * Fernsprecher 9044



Aug. Trost & Sohn, Hostenstraße 24. Hüte und Mützen.

H. Hornbogen, Königl. 71. Tel. 1016. Strumpffabrik, Spezialgeschäft feiner Tritolagen und Strumpfwaren.

Carl Zegelin, Johannisstraße 11. Unterzeuge, Strumpfwaren, Knaben-Anzüge etc.

Alma Busse, Bahmstraße 18. * Damen- und Kinderhüte in großer Auswahl. Umprägen und modernisieren schnellstens.

Ferd. Kauffeld, Obere Wahmstr. 11. Mützen, Umpräganstalt für Herrenhüte.

Eisleben, Braunstraße 30 32. Puhwaren, Groß- und Kleinhandlung.

M. Conguel, Rillingenb. 3/4, I., Haus Roespfe, neb. St. Hambg., Elagengesch. Gr. Alster. I. garn. Hüte. Umarb. u. prägen off. Hüte a. neueste Form.

D. Wagner, Hostenstr. 8. Damen- und Kinderhüte. Größte Auswahl. — Billigste Preise.

W. Kamm, Johannisstr. 16. Korsetts jeder Art.

Herrengarderobe, fertigt preiswert. W. Treffau, Königl. 4-6, II.

Fritz Heine, Zigarren. — Import. — Versand. Biedergrube 36. Fernruf 8472.

Die führende Firma der Branche: Färberei Sehfeldt, Johannisstr. 70.

A. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Table with columns for Hamburg, Büchen, Eutin, Travemünde, and Kleinen. It lists departure times and fares for various routes.

Joh. Tollgreve, Goldschmiedemeister, Königl. 92. Silberne u. verfilberte Bestede — Trauringe — Reparaturen. Moderne Schmuckachen.

Possel's Kohlenhandel, Abteilung Beckergrube, Abteilung Mühlenstraße 62. Fernspr. Nr. 5370-5373. Fernspr. Nr. 5720-5723.

Koks u. Kohlen u. Briketts, Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

H. Rughase, Untertrave 62. Zigarren, Zigaretten, Tabake.

W. Lampe, Mühlenstraße 9. Zigarrenhaus.

H. Vid, Untertrave 70. Zigarren u. Tabakwaren.

Uhren und Optik.

Ludwig Zander, Marlesgrube 3. Goldschmied. Großes Lager von Gold- und Silberwaren. Eigene Werkstatt.

E. Bland, Königl. 78. Erschließendes Spezialhaus feiner Uhren, Gold- und Silberwaren. Telephon 1341. Eigene Werkstatt für Reparatur und Reparatur.

Otto König, Fleischhauerstraße 7. Gold- und Silberwaren. Ausfertigung sämtlicher Reparaturen und Neuarbeiten in eigener Werkstatt. Spezialität: Verlobungsringe.

Johs. Bernhardt, Goldschmied, Hüfstraße 25. Gold- und Silberwaren, Kranzinge. Eigene Werkstatt.

Willi Westfeling, Hostenstr. 32. Spezialität: Verlobungsringe. Reparaturen prompt.

Mag. Ehrichsen, Hostenstr. 56. Reparaturen billig. — Färberei 56.

Herrenstiefel von 140.— Mt. an

Damenstiefel 140.—

Damen-Spangenschuhe 68.—

Damen-Schnürschuhe 88.—

Damenstiefel (Hochschaf) 210.—

Herrenstiefel (braun) 300.—

Große Auswahl in Kinderhüten. * Vorzüglichsmäßige Turnschuhe. *

Eugen Meinen .. 5 Rillingenberg 5

Zigarren, Tabake usw.

Otto Wegener, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Groß-Vertrieb, Lager erstklassiger Fabrikate. Fleischhauerstraße 65. Fernruf 3381.

Hans Kähler, Fischenstraße 35. Beste Bezugsquelle für Hausmacher-Zigarren.

Bremer Zigarren-Fabriken G. Frese, Begründet 1860 * Bremen * Begründet 1860

Filiale Lübeck, Hostenstr. 13/15, Fernspr. 8937

Vorteilhafte Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigarren.

Raucht Dreessen's Tabak u. Zigarren, Hostenstraße 6

Heinrich Möller, Hostenstr. 42. Untertrave 114-115. Begründet 1867. Fernruf 8426. Zigarren, Zigaretten, Tabake in größter Auswahl. Eigene Steuerlager für Wiederverkäufer.

F. Kloeken, Möbel- und Dekorationsgeschäft. Telephon 1193. Königl. 65/67.

Georg Lopp, Marlesgrube 24. Möbelhandlung. Beste Bezugsquelle für neue und gebrauchte Möbel.

Carl Zollers, Marlesgrube 25. Möbelhandlung. Beste Bezugsquelle für neue und gebrauchte Möbel.

M. Krause Ww, Blumenblinder, Biedergrube 8.

Wilh. Didenburg, Rorbw. u. Korbf. Hüfstr. 60

Blumengeschäft Sager, Inh.: J. Wäh, Königl. 90. Tel. 1208. Blumen- und Kranzbinden. Spezialität: Brautsträuße.

Rudolf Gasparn, Hostenstraße 20. Fernruf 8287. Blumen und Pflanzen, Kränze in allen Ausführungen.

Allgemeines.

Piehl & Fehling, Kohlenhandlung, Mühlenstraße 48

Anthrazitkohlen * Briketts * Holz * Torf *

Niebuhr & Binge, Biedergrube 48. Fernspr. 2817

Elektromotoren u. Apparatebau, Unterwiedelet. Fabrikation elektrischer Materialien. Ständiges Lager in Elektromotoren und Heizapparaten.

Feddersen & Wulff, Königl. 62. Herrenschneider-Bedarfsartikel, Tuchlager, Herren-Artikel.

Hermann Dobberstein, Hüfstr. 47, Fernspr. 1048. Spezialität: Färben nach Probe, chemische Reinigung. — Schnell! Tadellos! Mäßige Preise!

Arthur Priem, Johannisstraße 21. Fernruf 686.

Ausführung elektrischer Anlagen jeder Art u. Größe. Ankauf, Verkauf, Verleihung von Elektromotoren. Lager in Beleuchtungskörpern und Glühlampen. Reparaturwerkstatt.

Germania-Drogerie, Königl. 66. Julius Vogl. Oelfarben.

Martin Jürgens, Hüfstraße 78. Sölinger Stahlwaren u. etg. Schloß. m. elektr. Betrieb. Tägl. Schloßen.

C. F. Alm, Hostenstr. 12, Braunstr. 7. Drogen und Farben.

Handarbeiten mod., geschmackvoll und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft Ritz, Fernr. 3383, Ob. Wahmstr. 1.

Ludwig Schlüter, Eucusführer, Hochzeits- und Trauerrwagen. Telephon 72. Biedergrube 24.

J. Nowacki, Fischenstraße 45. Mechanische Schuhreparaturwerkstatt.

Carl Hans Kühl, Mühlenstr. 42. Telephon 2988. Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Nähmaschinen repariert schnell u. gut. Heint. Kruse, Mechaniker, Fischenstraße 33. Solide Preise.

Fr. Grüschow, Johannisstraße 63. Fernruf 3382. Piano- und Möbeltransport. Uebernahme ganzer Umzüge am Plage und nach auswärts. Einlagerung ganzer Hausstände.

Joh. Hark, Johannisstraße 22. Werkstatt für elektrische Maschinen. Spezialität: Feldspulen und Unterwiedelet.

Wilh. Schubert, Pferdemarkt 17. Klempnerei und Installation für Gas, Wasser und Elektrisch.

Neu bekommen Sie Ihren alten Hut in der Hutpresserei Hüfstr. 49.

Tapezier.-Kleber.- u. Koffstoff-Genossenschaft e. G. m. b. H. Schloßbuden 4. Fernsprecher 8281. Rohstoffe, Tapeten, Möbelstoffe, Gardinen.

Schuhmacher-Koffstoff-Verein G. m. b. H. Johannisstr. 31. Oberleder, Unterleder, Bedarfsartikel, Stepperei. Verkauf auch an Nichtmitgliedern.

Löwen-Apothete und Homöopathische Zentral-Apothete, Johannisstr. 13. Fernruf 621. Spezialitäten: Drogen, Chemikalien.

Mag. Pauls, Inhaber: Erich Schauer, Königl. 45. Hans- und Küchengeräte.

E. Harms & Co., Königl. 49. Tel. 207. Spezialgeschäft für Beleuchtungsartikel aller Art.

Tapeten, Säuerstoffe, Wachsstuche, Carl Beude, Königl. 48b.

Albert Ziehe, Hutumpresse-Anstalt, Fleischhauerstr. 60.

Wilh. Gwert, Schuhwaren, Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Rohmarkt, Ecke Sandstraße. Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art.

Adolf Hübler, Uhrmacher, Fünfhaus 13.

Antten: D. Welt, Breite Straße 38 und Hüfstraße 41.

Jacob Köner, Uhrmacher, Schloßbuden 11.

Ab. Matern, Uhrmacher, Biedergrube 26.

Möbel.

Gustav Reinboth, Papierhandlung, Geschäftsblätter, Hans Sad Nachf. Eibed, Königl. 36. Kontormöbel.

Mia Schwarz, Atelier elegant. Damenmod. Königl. 46a II. 9-1, 3-6 II.